

Expertise

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen

2008 – 2011

(im Vergleich zu 2002-2005)

vorgelegt von
Lisa Beckmann

unter Mitarbeit von Daniela Krause

im Rahmen der Evaluation des Programms
„Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“

Bielefeld, November 2012

Inhalt

Zusammenfassung der Expertise GMF in Sachsen	3
Die Grundüberlegung und eine zentrale Botschaft für die Präventions- und Interventionsarbeit in Sachsen.....	5
1. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.....	6
1.1 Das Konzept	6
1.2 Das Projekt und der Survey <i>Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit</i>	10
1.3 Erfassung der <i>Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit</i>	10
2. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen	11
2.1 Die sächsische Stichprobe.....	12
2.2 Zur Analyse	14
3. Auswertungen für Sachsen.....	15
3.1 Zustimmung zu Indikatoren der <i>Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit</i>	15
3.2 Zustimmung zu Elementen der <i>Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit</i>	20
4. Verschiedene Bevölkerungsgruppen in Sachsen	22
4.1 Geschlecht.....	22
4.2 Alter.....	24
4.2.1 Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Etabliertenvorrechte.....	25
4.2.2 Homophobie, Sexismus und die Abwertung von Behinderten, Obdachlosen sowie Langzeitarbeitslosen.....	26
4.3 Schulbildung	28
4.4 Erwerbstätigkeit	29
4.5 Einkommen.....	31
4.5 Religion.....	34
4.6 Politische Selbsteinschätzung.....	35
4.7 Wohnort nach Gemeindegröße	37
Literaturverzeichnis.....	40

Zusammenfassung der Expertise GMF in Sachsen

Der spezielle Blick auf die Situation in Sachsen macht deutlich, dass viele Sachsen in der Stichprobe (2008-2011) bereit sind, menschenfeindlichen Einstellungen zuzustimmen. So sind beinahe zwei Drittel (62,3%) der Sachsen der Ansicht, es lebten zu viele Ausländer in Deutschland und gut 37% stimmen der Aussage zu, dass in Deutschland lebende Ausländer in ihre Heimat zurückgeschickt werden sollten, wenn Arbeitsplätze knapp werden. Immerhin etwa 17% der Sachsen vertreten die Meinung, Weiße seien zu Recht führend in der Welt. Ebenso viele stimmen dem klassisch antisemitischen Vorurteil zu, Juden hätten in Deutschland zuviel Einfluss. 31% würden Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagen. 44% sind der Ansicht, bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden und ein Zehntel findet viele Forderungen von Behinderten überzogen. Schließlich würden 38% denen mehr Rechte geben, die schon immer hier gewohnt haben als jenen, die später zugezogen sind.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Befragten aus Sachsen sich z. T. den Befragten aus den alten Bundesländern angeglichen haben. Die sächsischen Befragten zeigen sich gemeinsam mit den Befragten aus den alten Bundesländern stärker antisemitisch und sexistisch als die Befragten aus den übrigen neuen Bundesländern. Weiterhin äußern die Befragten aus Sachsen und den übrigen neuen Bundesländern mehr Zustimmung bei den Elementen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Islamfeindlichkeit und Abwertung von Obdachlosen als die Befragten der alten Bundesländer. Besonders hervorzuheben ist, dass die Islamfeindlichkeit speziell bei den sächsischen Befragten seit dem letzten Analysezeitraum (2002-2005) stark angestiegen ist, sodass diese nun die höchsten Werte verzeichnen und damit die übrigen neuen Bundesländer, die sich bei der letzten Erhebung am islamfeindlichsten zeigten, ablösen. Außerdem stimmen die sächsischen Befragten deutlich stärker homophoben Aussagen zu als die übrigen Befragten. Dennoch ist die Homophobie erfreulicher Weise über alle Bundesländer hinweg zurückgegangen. Ein Rückgang lässt sich in Sachsen ebenso beim Antisemitismus, bei der Abwertung von Obdachlosen und bei der Fremdenfeindlichkeit beobachten.

Differenzierte Auswertungen nach verschiedenen Bevölkerungsgruppen werfen ein Bild auf besondere Problemgruppen und -bereiche in Sachsen:

- Männer weisen im Vergleich zu Frauen höhere Zustimmungswerte bei den Elementen Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, Sexismus, Homophobie und Etabliertenvorrechte auf. In der letzten Stichprobe (2002-2005) und in den anderen Bundesländern zeigen sich hingegen die Frauen islamfeindlicher. Die Frauen stimmen aktuell lediglich Aussagen, die Obdachlose abwerten, stärker zu.
- Ältere sächsische Befragte sind fremdenfeindlicher, rassistischer, antisemitischer, islamfeindlicher, homophober, sexistischer eingestellt als jüngere und werten Behinderte und Obdachlose stärker ab. Die Zustimmung zu Etabliertenvorrechten zeigt sich auch gehäuft bei jüngeren Sachsen und die Gruppe der 22-34jährigen wertet Langzeitarbeitslose am stärksten ab.

- Befragte Sachsen mit niedrigem Bildungsstand haben fast durchgängig höhere durchschnittliche Zustimmungswerte zu Elementen der GMF als jene mit hoher Bildung.
- Nicht erwerbstätige sächsische Befragte sind überwiegend feindseliger gegenüber Minderheiten eingestellt als erwerbstätige. Ausnahmen, bei denen Erwerbstätige stärker zustimmen, zeigen sich bei der Abwertung von Langzeitarbeitslosen, den Etabliertenvorrechte sowie dem Antisemitismus.
- Untere Einkommensgruppen vertreten stärker menschenfeindliche Aussagen als Angehörige höherer Einkommensgruppen. Ausnahmen bilden die Zustimmungsraten zu den Elementen Homophobie, Abwertung von Obdachlosen und Behinderten. Hier sind bei gut situierten Befragten in Sachsen höhere Werte zu verzeichnen.
- Angehörige einer christlichen Konfession sind überwiegend feindseliger gegenüber Minderheiten eingestellt als Konfessionslose. Dies gilt für die Elemente Rassismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie, Sexismus, Etabliertenvorrechte und Abwertung von Langzeitarbeitslosen.
- Politisch rechts Stehende sind Minderheiten gegenüber ablehnender eingestellt als politisch in der Mitte Stehende und diese wiederum ablehnender als politisch links Stehende. Es lässt sich jedoch beobachten, dass sich die Mitte zunehmend weniger von den politisch rechts Stehenden unterscheidet.
- Bewohner ländlicher Gegenden neigen eher zur Abwertung von schwachen Gruppen als Bewohner größerer Gemeinden und vor allem großer Städte.

Das bedeutet:

- Es sind nicht allein die „üblichen Verdächtigen“ – junge, weniger gut gebildete Männer – die sich menschenfeindlich äußern. Gerade auch die ältere Bevölkerung muss in präventive Programme einbezogen werden.
- Auch bzw. besonders ältere Menschen haben Vorurteile. Hinsichtlich der Reproduktion von abwertenden Einstellungen müssen ältere Personen berücksichtigt werden, da sie an der Sozialisation der nachfolgenden Generationen beteiligt sind und somit einen Beitrag zum Erhalt und zur Festigung von Vorurteilen beitragen.
- Bildung – hier insbesondere die Erziehung zu Nonkonformismus und freiem Entscheidungswillen – kann vor GMF schützen. Mittelschulen und Berufsschulen sind gefragt, wenn es um Prävention geht.
- Kirchengemeinden sind wichtige Ansprechpartner und sollten bei der Umsetzung präventiver Programme verstärkt angesprochen und eingebunden werden.
- Präventive Programme und Maßnahmen in ländlichen Gegenden sind wichtige Voraussetzungen, um der Ausbreitung menschenfeindlicher Einstellungen entgegenzuwirken.

Die humane Qualität einer Gesellschaft entscheidet sich am Umgang mit schwachen Gruppen. Die Ergebnisse zeigen, dass es erheblichen Aufklärungsbedarf über die z. T. verdeckt ablaufenden Abwertungs- und Diskriminierungsprozesse gibt, bei denen größere wie kleinere Interventionen im Alltag genauso notwendig sind wie die deutlichen öffentlichen Stellung-

nahmen „kalkulationsfreier“ Eliten. Vor allem geht es um die Verhinderung von Desintegration und Stärkung schwindender Integrationspotentiale dieser Gesellschaft.

Die Grundüberlegung und eine zentrale Botschaft für die Präventions- und Interventionsarbeit in Sachsen

Die humane Qualität einer Gesellschaft erkennt man nicht an Ethikdebatten in Feuilletons meinungsbildender Printmedien oder in Talkshows, sondern am Umgang mit schwachen Gruppen. Dieser kann sich in vielen Facetten ausdrücken: Ökonomische Umverteilungen von unten nach oben, Entfernungen aus dem öffentlichen „Verkaufsraum“, Generalverdächtigungen gegenüber den Lebensstilen oder religiösen Überzeugungen ganzer Gruppen sind nur einige Varianten. Zum Teil werden Gruppen gegen andere instrumentalisiert oder als Bedrohungspotential auf die öffentliche Tagesordnung gehoben. Eine andere Variante besteht darin, die Situation schwacher Gruppen gar nicht erst zu thematisieren, sie also aus der öffentlichen Wahrnehmung und Diskussion auszuschließen, zu vergessen, mithin sie nicht anzuerkennen, um nicht über Verbesserungen ihrer Lage nachdenken zu müssen. Klammheimlich kann dazu auch die „Schuldumkehr“ eingesetzt werden, womit die Ursachen für Abwertungen – quasi gesellschaftsentlastend – den Gruppen selbst zugeschrieben werden. Zugleich ist ihre Existenz latent im kollektiven Bewusstsein der Gesellschaft wachzuhalten, gleichsam als Disziplinierungsinstrument für die restliche Bevölkerung, mit der unausgesprochenen Warnung, nicht „abzuweichen“. Das ist – nur scheinbar paradoxerweise – zur Sicherung von Stabilität umso nötiger, desto mehr eine Entwicklung von einer Konsens- zu einer Konfliktgesellschaft fortschreitet. Dies ist besonders dann riskant, wenn Solidargemeinschaften von starken Gruppen aufgekündigt werden, so dass Spaltungstendenzen und Ungleichheiten zunehmen und soziale Status- und Abstiegsängste grassieren.

Hinter allen diesen Erscheinungsweisen, Instrumentalisierungen und Entwicklungen lagert eines der zentralen Probleme auch dieser Gesellschaft: Die Aufrechterhaltung oder gar Verstärkung der Ungleichwertigkeit von Gruppen und den ihnen angehörenden Menschen sowie die Auflösung von Grenzen zur Sicherung ihrer physischen und psychischen Integrität, die ihnen ein Leben in Anerkennung und möglichst frei von Angst ermöglichen. Daher geht es immer wieder um die Frage, wie Menschen unterschiedlicher sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft mit ihren verschiedenen Lebensstilen in dieser Gesellschaft leben, Anerkennung erfahren oder aber sich feindseligen Mentalitäten ausgesetzt sehen.

Die Ergebnisse der Langzeitstudie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ zeigen in den Entwicklungen von 2002-2011 eine z. T. wachsende Abwertung gegenüber schwachen Gruppen (Deutsche Zustände, Folge 10, Suhrkamp-Verlag), aber durchaus auch abnehmende Entwicklungen. Sie sind nicht abzukoppeln vom gesellschaftlichen Zustand, also von ökonomischen, politischen und sozialen Prozessen – oder anders gesagt, vom Integrations-

zustand dieser Gesellschaft bzw. drohender Desintegration, die im Zusammenhang mit der Abwertung schwacher Gruppen zu sehen ist.

Mit diesem Bericht liegt eine Analyse vor, in dem regionale Vergleiche durchgeführt werden, um die Ergebnisse für zielgenauere Präventions- und Interventionsansätze heranzuziehen.

Die Vergleiche der Datensätze (2002-2005 mit 2008-2011) liefern eine klare Botschaft. Es gibt erfreuliche partielle Rückgänge der Abwertungen im Sinne der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*, deren Ursachen noch gesondert analysiert, theoretisch eingeordnet sowie in ihren Auswirkungen z. T. im Hinblick auf neue Gruppen zur Prävention und Intervention betrachtet werden müssen. Gleichzeitig zeigen die Vergleichsergebnisse in den Daten 2008-2011 aber auch: bei zahlreichen Elementen der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* sind in Sachsen immer noch besonders hohe Werte der Abwertung zu verzeichnen. Kontrollierte verstärkte Präventions- und Interventionsansätze sind notwendig und weisen dringend auf Kontinuität.

1. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

1.1 Das Konzept

Im Fokus des Interesses des Forschungsprojekts „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld steht eine Menschenfeindlichkeit, die sich nicht auf Feindschaftsverhältnisse zu einzelnen Personen bezieht, sondern auf ganze Gruppen, die Ziel von Feindseligkeiten sind. Unter *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF)* wird daher verstanden, dass Personen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit als ungleichwertig markiert und Feindseligkeiten ausgesetzt werden. In ihrer Auswirkung können feindselige Mentalitäten die Abwertung und Ausgrenzung schwacher Gruppen zur passiven oder aktiven Diskriminierung dieser Gruppen führen, im schlimmsten Fall zu Verfolgung und Gewalt. Die Würde der betroffenen Menschen wird durch die ihnen entgegenbrachte Feindlichkeit antastbar, kann im extremsten Fall zerstört werden.

Das Besondere am Begriff der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF)* ist seine Spannweite, die sich aus dem Phänomen selbst ergibt. Denn Menschen können aufgrund von ganz unterschiedlichen Merkmalen, seien sie frei gewählt, zugewiesen, offen sichtbar oder verborgen, als abweichend von einer wie auch immer definierten Normalität und damit als ungleich markiert werden. Sei es aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihrer körperlichen oder seelischen Beschaffenheit, ihrer sexuellen Orientierung oder aufgrund ihrer Verhaltensweisen oder ihres Lebensstils. Das, was jeweils in einer Gesellschaft als „normal“ gilt wird von Normen und von der Mehrheit definiert, entsprechend

wird auch die Abweichung und eben auch eine damit nicht selten verbundene Abwertung und Ausgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft bestimmt.

Die Ausgangskonzeption der Untersuchung (vgl. ausführlicher Heitmeyer 2002, 20f.) beruhte zunächst auf sieben Elementen, in denen sich die *GMF* in Deutschland zeigt. Inzwischen wurde das Syndrom weiter ausdifferenziert. Anstatt des ursprünglich zusammenfassenden Elementes der „Heterophobie“ werden nun drei von einander getrennte Elemente - die Abwertung von Homosexuellen, Behinderten und Obdachlosen - beobachtet. Außerdem wurden die Elemente der Abwertung von Langzeitarbeitslosen, von Sinti und Roma sowie von Asylbewerbern in die Untersuchungen aufgenommen. Diese Weiterentwicklung in theoretischer Hinsicht auf der Basis empirischer Analysen hat dazu geführt, dass nun zwölf Elemente das *Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* bilden:

- *Fremdenfeindlichkeit* ist auf bedrohlich wahrgenommene kulturelle Differenz und materielle Konkurrenz um knappe Ressourcen bezogen.
- *Etabliertenvorrechte* umfassen die von Alteingesessenen beanspruchten Vorrangstellungen, die Zugewanderten gleiche Rechte vorenthalten und somit die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Gruppen verletzen.
- *Islamfeindlichkeit* bezeichnet die Bedrohungsgefühle und die ablehnenden Einstellungen gegenüber der Gruppe der Muslime, ihrer Kultur und ihren öffentlich-politischen wie religiösen Aktivitäten.
- *Abwertung von Obdachlosen* zielt in feindseliger Absicht auf jene Menschen, die nicht den Normalitätsvorstellungen eines geregelten Lebens nachkommen.
- *Homophobie* bezeichnet feindselige Einstellungen gegenüber Homosexuellen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung hin zu einem gleichgeschlechtlichen Partner bzw. Partnerin.
- *Abwertung von Behinderten* meint feindselige Einstellungen, die sich gegen Menschen richten, die aufgrund ihrer körperlichen oder seelischen Beschaffenheit als von der „Norm“ abweichend definiert werden.
- *Sexismus* betont die Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Sinne einer Demonstration der Überlegenheit des Mannes und fixierter Rollenzuweisungen an Frauen. Sexismus ist ein Sonderfall, weil es hierbei nicht, wie bei den anderen Gruppen, um die Ungleichwertigkeit einer zahlenmäßigen Minderheit, sondern einer Mehrheit der Bevölkerung geht.
- *Antisemitismus* ist eine feindselige Mentalität, die gegen Juden und jüdische Symbole gerichtet ist.
- *Rassismus* umfasst jene Einstellungen und Verhaltensweisen, die Gruppen aufgrund von scheinbar biologischen Unterschieden, wie der Hautfarbe oder der Abstammung abwertet und auf eine konstruierte "natürliche" Höherwertigkeit der eigenen Gruppe verweist.
- *Abwertung von Langzeitarbeitslosen* schreibt der Adressatengruppe vor allem mangelnde Nützlichkeit und damit verbundene Minderwertigkeit zu.
- *Abwertung von Sinti und Roma* spiegelt diskriminierende Verhaltensabsichten und soziale Distanzierungen gegenüber Sinti und Roma wider.

- *Abwertung von Asylbewerbern* beinhaltet Vorbehalte gegenüber Asylbewerbern und der Öffnung des Landes, welche sich z. B. darin zeigen, dass legitime Gründe für die Einwanderung abgesprochen werden.

Die zuletzt hinzugekommenen Elemente Abwertung von Sinti und Roma sowie Asylbewerbern werden in der vorliegenden Expertise nicht analysiert, da sie nur in einem Erhebungsjahr erfasst wurden und daher zu geringe Fallzahlen vorliegen.

Das *Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* basiert auf der Annahme, dass die *einzelnen* Elemente miteinander verknüpft sind und aus einem gemeinsamen Kern, der Ideologie der Ungleichwertigkeit gespeist werden. Ferner wird angenommen, dass das Ausmaß der unterschiedlichen Elemente der GMF von teilweise den gleichen Faktoren vorhergesagt wird; dazu gehören beispielsweise die soziale Desintegration als ein eher gesellschaftlicher Faktor oder der Autoritarismus als ein tiefer in der Person des Einzelnen verankerter Faktor. Zum anderen sprechen die empirischen Befunde dafür, dass die unterschiedlichen Elemente *gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* ähnliche Konsequenzen wie etwa Diskriminierung nach sich ziehen. Empirisch ließ sich die Vorstellung eines Syndroms im Rahmen der Untersuchung erfolgreich bestätigen. So belegen die Ergebnisse, dass die einzelnen Elemente nicht unabhängig voneinander ausgeprägt sind. Feindselige Einstellungen richten sich also, wenn sie vorhanden sind, in der Regel nicht nur gegen eine, sondern gegen mehrere schwache Gruppen der Gesellschaft. Das heißt beispielsweise, dass Personen, die fremdenfeindlichen Aussagen zustimmen, dies auch eher in Bezug auf rassistische, antisemitische und sexistische Aussagen tun (z. B. Heitmeyer 2002). Zudem ließ sich auch nachweisen, dass alle hier genannten Elemente etwas miteinander gemeinsam haben, was sich in seinem Kern als Ideologie der Ungleichwertigkeit identifizieren lässt (Zick/Wolf/Küpper/Davidov/Schmidt/Heitmeyer 2008). Trotz des gemeinsamen Kerns aller Syndrom-Elemente sind die Zusammenhänge zwischen einzelnen Elementen unterschiedlich eng. So sind etwa die Korrelationen zwischen Fremdenfeindlichkeit und Etabliertenvorrechten stärker als die zwischen den drei verschiedenen Facetten der Heterophobie, d. h. der Abwertung von Homosexuellen, Obdachlosen und Behinderten, und dem Rassismus. Ferner konnte gezeigt werden, dass Autoritarismus, als eine relativ stabile Einstellung, die Unterordnung und Anpassung betont, und relative Deprivation, als eine Einstellung, die eine gesellschaftliche Situation aus Sicht des Individuums einbezieht, vermittelt über den gemeinsamen Kern jedes einzelne GMF-Element beeinflusst. Abbildung 1 zeigt das Syndrom GMF.

Bislang wurden Vorurteile und Diskriminierung langjähriger Forschungstraditionen folgend weitgehend getrennt untersucht, je nachdem, welche Adressatengruppe von Vorurteilen im Mittelpunkt stand. So hatte bislang die Antisemitismusforschung nur wenig mit der Forschung zu Fremdenfeindlichkeit zu tun, diese wiederum zog kaum Parallelen zu etwa dem Sexismus. Mit der Konzeption eines *Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* bietet das Projekt einen völlig neuen Ansatz, der sowohl für die wissenschaftliche Forschung als auch für die Praxis innovativ sein will. Forschungsergebnisse aus einem spezifischen Zweig der Vorurteilsforschung und Erfahrungen aus der Praxis mit der Diskriminierung

bestimmter Opfergruppen können nun zusammenfließen und auf ihre Tauglichkeit auch für andere Adressatengruppen geprüft werden bzw. Verwendung finden.

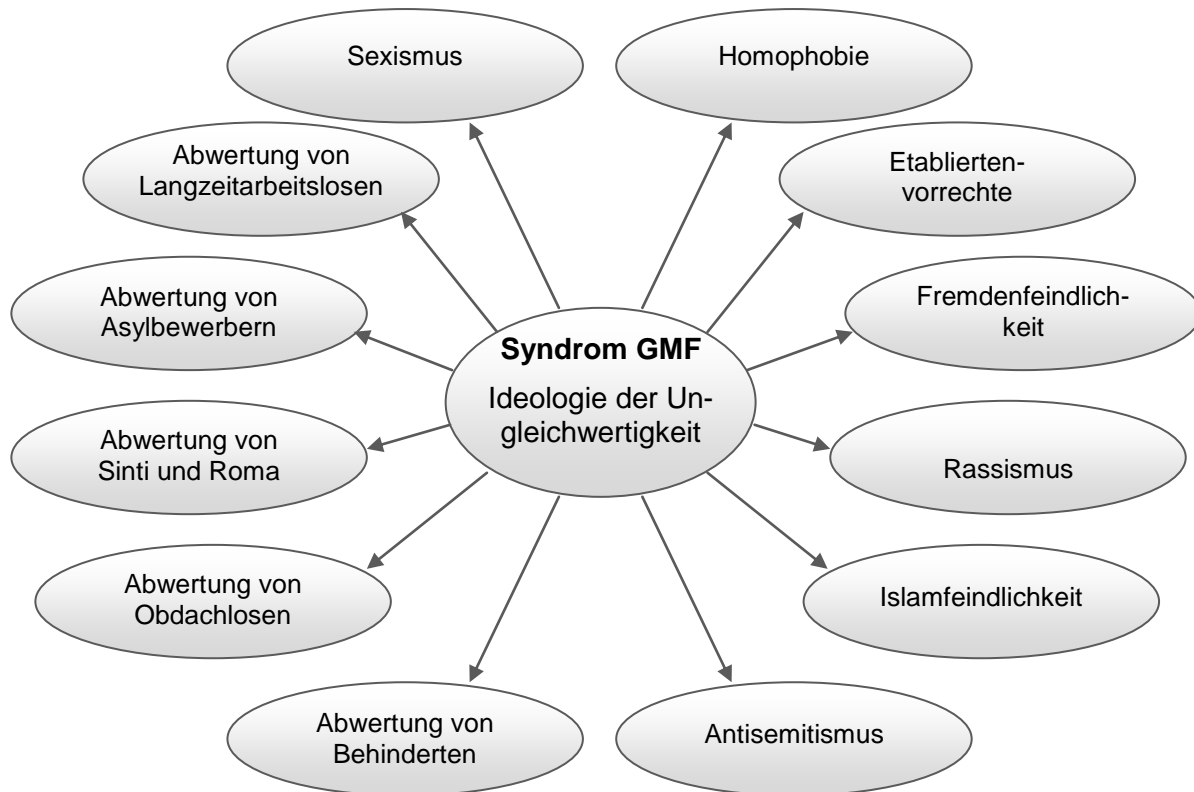


Abb. 1: Das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit

Die im Forschungsprojekt GMF fokussierten Merkmale, deren Träger mit höherer Wahrscheinlichkeit der Gefahr ausgesetzt sind, zu Opfern von Vorurteilen und Diskriminierung zu werden, decken sich weitgehend mit jenen Merkmalen, die in der europäischen Richtlinie zur Antidiskriminierung genannt sind. In Artikel 13 des Vertrags von Amsterdam in Ergänzung des EU-Vertrags (1999) heißt es, dass der Rat geeignete Vorkehrungen treffen kann, um Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen.

Die aktuelle Form des Syndroms mit seinen zwölf Elementen ist nicht erschöpfend und dauerhaft fixiert. Mit veränderten gesellschaftlichen Debatten können neue Gruppen hinzukommen oder auch aus dem Syndrom herausfallen, die nicht mehr in der Schusslinie von Vorur-

teilen und Diskriminierung stehen. Durch eine zunehmend harschere öffentliche Debatte um Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und Wanderarbeiter aus Osteuropa rückten diese Gruppen stärker als Zielscheibe von Vorurteilen und Diskriminierung ins Blickfeld. Mit der Öffnung Europas nach Osten sind auch Sinti und Roma wieder erneut gefährdet. Diesen Umständen wurde im Verlauf des Projektes Rechnung getragen.

Andererseits ist erfreulicherweise eine gewisse Abnahme des klassischen Sexismus und der Homophobie zu beobachten, so dass Frauen und Homosexuelle zukünftig möglicherweise immer weniger zu den Adressaten von Vorurteilen und Diskriminierung gezählt werden müssen. In einer internationalen Forschergruppe, initiiert vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, wurde eine Studie in acht europäischen Ländern durchgeführt, die das Ausmaß von Vorurteilen gegenüber einer Reihe von Adressatengruppen in Europa vergleicht.

1.2 Das Projekt und der Survey *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*

Zwischen 2002 und 2011 wurde jährlich eine große, repräsentative Bevölkerungsumfrage (GMF-Survey) zur Untersuchung des Ausmaßes, der Entwicklung und der Erklärung der GMF am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld durchgeführt. Das Projekt „*Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* in Deutschland“ wird von einem Stiftungskonsortium der Volkswagen-, Möllgaard- und Freudenberg-Stiftung gefördert und steht in Kooperation mit dem Suhrkamp-Verlag. Darüber hinaus fördert die Deutsche Forschungsgemeinschaft ein Graduiertenkolleg mit ca. 20 Stipendiatinnen und Stipendiaten, die besondere Fragestellungen in Zusammenhang mit der GMF in eigenen Arbeiten analysieren. Das Projekt unter der Leitung von Prof. Wilhelm Heitmeyer wird von einem Team junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Kooperation mit den Universitäten Marburg, Gießen und Göttingen durchgeführt. Jährlich wurden die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit durch vielfache Medienberichte und ausführlich in dem Herausgeberband „Deutsche Zustände“ (Suhrkamp-Verlag) berichtet, flankiert von Essays über ausgewählte Themen, Interviews und Fallgeschichten, die beispielhaft den straffälligen, z. T. gewalttätigen Ausdruck von GMF und den Umgang der Gesellschaft damit schildern.

Grundlage des jährlichen GMF-Surveys ist eine telefonisch durchgeführte standardisierte Befragung einer repräsentativen Stichprobe der deutschen Bevölkerung. Die Interviews werden von Infratest im Auftrag des GMF-Projekts durchgeführt. Jedes Interview dauert im Durchschnitt eine halbe Stunde und wird unter der Zusicherung absoluter Anonymität von geschulten Interviewern durchgeführt.

1.3 Erfassung der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*

Die einzelnen Elemente des GMF-Syndroms werden jeweils mit Hilfe von Indikatoren erfasst, die den Bedeutungsgehalt des jeweiligen Elements umreißen. In der Regel wird ein GMF-

Element mit zwei oder drei Indikatoren, d. h. also über die Zustimmung zu Aussagen, die Vorurteile gegenüber der jeweiligen Gruppe widerspiegeln, erfasst. Ergänzend werden zusätzliche Aussagen, die einen erweiterten Bedeutungsgehalt eines Elements erfassen, zur Beschreibung von Entwicklungen und Besonderheiten berücksichtigt, wie beispielsweise weitere Facetten des Antisemitismus oder des modernen Sexismus.

Die zur Erfassung der GMF verwendeten Indikatoren beruhen auf Messinstrumenten, die sich in der Vorurteilsforschung bewährt haben und durch umfangreiche Vortests noch einmal überprüft worden sind. Bei der einen oder anderen Aussage mag manchem jedoch vielleicht fragwürdig erscheinen, inwieweit hier eine Zustimmung tatsächlich die Bereitschaft zur GMF widerspiegelt. In der Tat mag der eine oder die andere Befragte mancher der Aussagen aus einer ganz bestimmten Perspektive oder mit einem ganz bestimmten Hintergrund zugestimmt haben, ohne dass dies in jedem Einzelfall eine Affinität für Vorurteile bedeutet. Hierbei ist immer zu bedenken, dass die hier vorgestellten Ergebnisse auf Durchschnittswerten beruhen, d. h. also auch immer nur Aussagen über einen Durchschnitt von Befragten zulassen. Abweichung aus den unterschiedlichsten Gründen, z. B. weil eine Frage nicht oder anders verstanden wurde, weil der oder die Interviewte abgelenkt war oder bei der Beantwortung einen völlig anderen Hintergedanken im Kopf hatte, sind möglich, mitteln sich aber bei der hier vorliegenden großen Stichprobe sozusagen gegenseitig aus.

Die Aussagen, die jeweils als Indikator für ein GMF-Element dienen, spiegeln jeweils „typische“ Ansichten wider. Dabei gilt es zu beachten, dass einige „weicher“ ausgedrückt sind, andere Aussagen eine Gruppe hingegen „härter“ und direkter abwerten. Entsprechend leichter oder schwerer ist die Zustimmung zu bzw. Ablehnung einer Aussage. Aus diesem Grund können die einzelnen Elemente der GMF nicht unmittelbar miteinander verglichen werden, d. h., es ist z. B. nicht möglich zu sagen, Sachsen sind weniger rassistisch als fremdenfeindlich. Zulässig ist hingegen sowohl der Vergleich des Ausmaßes an Zustimmung zu einem Element zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen (etwa ob Sachsen fremdenfeindlicher oder weniger fremdenfeindlich sind als andere Deutsche) und der zeitliche Vergleich, d. h. inwiefern die Zustimmung zu einem bestimmten GMF-Element über den Beobachtungszeitraum stabil geblieben ist, zu- oder abgenommen hat.

2. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen

Nach der Wahl zum Sächsischen Landtag am 19. September 2004 haben die Christlich-Demokratische Union Deutschlands und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Koalitionsvertrag ein Programm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit im Freistaat Sachsen vereinbart. Das übergeordnete Ziel dieses Programms besteht darin, die demokratische Kultur in Sachsen zu fördern und zu stärken. In diesem Zusammenhang wird u. a. das Ziel verfolgt, Extremismus, Rassismus und Antisemitismus als andauernde Themen mitten in der Gesellschaft sichtbar zu machen und die demokratischen Werte einer aktiven Bürgergesellschaft zu stärken. In diesem Kontext ist die vorliegende Expertise zu betrachten.

Die folgenden Analysen auf Basis der Daten des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung werfen einen detaillierten Blick auf das Ausmaß der GMF in Sachsen. Der Vergleich mit den übrigen neuen Bundesländern sowie den alten Bundesländern ermöglicht hierbei einzuschätzen, ob sich Einstellungen und Einschätzungen der Bewohner Sachsens von denen der übrigen Bundesrepublik unterscheiden und um entsprechend konkreten Handlungsbedarf abzuleiten. Weiterhin wird der Frage nachgegangen, ob innerhalb Sachsens bestimmte Gruppen existieren, die besonders zu abwertenden Haltungen gegenüber Minderheiten neigen.

2.1 Die sächsische Stichprobe

Die im Folgenden berichteten Ergebnisse beruhen auf der Basis der Befragten ohne Migrationshintergrund der vier zuletzt durchgeführten GMF-Surveys. In den Jahren 2008 – 2011 wurden insgesamt 800 Personen aus Sachsen ohne Migrationshintergrund befragt (n = 209 in 2008, n = 205 in 2009, n = 184 in 2010, n = 202 in 2011). Damit machen die sächsischen Befragten 11,4% der gesamten Stichprobe dieser vier Jahre aus (restliche neue Bundesländer n = 1688; alte Bundesländer n = 4552). Die im Folgenden berichteten Ergebnisse beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, auf diese Gesamtzahl der in Sachsen befragten Personen. Als Teil der repräsentativen Gesamtstichprobe aller Bundesländer ist diese Stichprobe zwar nicht gezielt aufgrund ihrer Repräsentativität für Sachsen ausgewählt, aufgrund der vergleichsweise großen Fallzahl der sächsischen Befragten lassen sich dennoch verlässliche und interpretierbare Ergebnisse ableiten. Ergebnisse getrennt nach Jahren sind aufgrund des geringen Stichprobenumfangs nur begrenzt aussagekräftig. An ausgewiesenen Stellen, stellen wir Vergleiche mit der Expertise *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen* (2002 - 2005) her.

Disproportionale Verteilungen bezüglich des Alters, demographischer Verteilungen innerhalb der Bundesländer sowie der Schulbildung wurden durch entsprechende Gewichtungsfaktoren ausgeglichen. Die folgenden Analysen beruhen immer, soweit nicht anders vermerkt, auf dem nach Repräsentativität gewichteten Datensatz. Der mögliche Einfluss von demographischen Faktoren – in erster Linie der Bildung als einem besonders durchschlagenden Einflussfaktor (s. u.) – wird im Einzelnen geprüft und berichtet.

Bei allen Befragten, nicht nur denen aus Sachsen, überwiegt der Anteil der Frauen leicht (s. Tabelle 1). Der Altersdurchschnitt der sächsischen Befragten liegt mit 49,8 Jahren zusammen mit dem Durchschnitt in den restlichen neuen Bundesländern (49,6 Jahre) etwas niedriger als in den alten Ländern (50,5 Jahre). Die sächsische Stichprobe der Jahre 2002 bis 2005 war mit im Durchschnitt 48,5 Jahren etwas jünger.

Bei der Altersverteilung zeigt sich, dass bei den sächsischen Befragten die mittlere Altersgruppe der 35-49jährigen und die Gruppe der 50-64jährigen etwas geringer besetzt als in den restlichen neuen und alten Bundesländern. Entsprechend wurden ein etwas höherer Anteil an Personen über 50 Jahre, aber auch höherer Anteil von 16-34jährigen befragt.

Gut die Hälfte (53%) der sächsischen Befragten ist verheiratet, 9,4% sind verwitwet. Mit 7,9% ist der Anteil der geschiedenen Befragten etwas niedriger als in den alten und restlichen neuen Bundesländern. Der Anteil der ledigen Befragten in Sachsen ist von der Stichprobe aus den Jahren 2002 bis 2005 um 3% auf 29,7% angestiegen und liegt damit höher als in den restlichen Befragtengruppen. Insgesamt entspricht der Familienstand der Sachsen aber sehr genau dem Familienstand der Befragten der Gesamtstichprobe. Insgesamt betrachtet weisen die drei Substichproben in Bezug auf wichtige soziodemographische Faktoren ein hohes Maß an Übereinstimmung auf.

Hinsichtlich der Schulabschlüsse unterscheidet sich die sächsische Stichprobe kaum von derjenigen aus den verbleibenden neuen Bundesländern. Knapp ein Drittel (31,7%) der sächsischen Befragten hat einen niedrigen Schulabschluss, d. h. keinen Abschluss, einen Volks- oder Hauptschulabschluss. Etwa die Hälfte (48%) verfügt über einen mittleren Schulabschluss, d. h. einen Realschulabschluss bzw. einen Abschluss der polytechnischen Oberschule nach der 10. Klasse. Weitere 17,7% haben die Schule mit dem Abitur oder Fachabitur verlassen. Bei den westdeutschen Befragten ist das Bildungsniveau stärker polarisiert, sowohl die Anteilswerte für niedrige als auch hohe Bildungsabschlüsse sind stärker vertreten, der Anteil mittlerer Bildungsabschlüsse entsprechend niedriger.

Knapp die Hälfte der befragten Sachsen war zum Zeitpunkt des Interviews erwerbstätig (47%). Der Anteil der Erwerbstätigen war in Sachsen damit etwas geringer als in den übrigen neuen Bundesländern (51,6%) und den alten Bundesländern (53,9%).

Weiterhin gaben 64,7% der befragten Sachsen an, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören. 28,8% waren evangelisch, 3,8% katholisch und knapp 2,8% gehörten einer anderen Religionsgemeinschaft an. Damit waren etwas weniger Sachsen konfessionslos als in den übrigen neuen Bundesländern (68,5%). In den alten Bundesländern waren nur 19,4% ohne Konfession. Mit 35,6% ist auch der Anteil der katholischen Befragten in den alten Bundesländern deutlich höher als in den neuen.

Die Wohnorte der Befragten wurden Gemeindegrößeklassen nach BIK-Typ¹ zugeordnet. Danach lebte etwas über ein Viertel der Befragten aus der deutschen Gesamtstichprobe entweder in einer Großstadt mit mehr als 500.000 Einwohnern oder im Randgebiet einer solchen Großstadt (27,6%), 42,3% wohnten in einer kleineren bis mittelgroßen Stadt mit 50.000 – 499.999 Einwohnern bzw. deren Randbereich und knapp ein Drittel in kleineren Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohnern (30,1%).

Hier hat sich die sächsische Stichprobe im Vergleich zum letzten Erhebungszeitraum 2002 – 2005 stark in Richtung städtisch gewandelt. Etwas weniger als ein Drittel lebt in Gemeinden mit unter 50.000 Einwohnern (29,9%), ein Drittel in kleineren bis mittelgroßen Städten (33,6%) und etwas über ein Drittel in einer Großstadt oder deren Randgebiet (36,5%).

¹ Die Gebietseinheiten nach BIK-Typ bilden Verflechtungsräume ab und werden auf Basis von Pendlerstromanalysen gebildet (s. Behrens/Marhenke 1999 und Behrens 1999).

Tab. 1: Die sächsische Stichprobe im Vergleich zur Stichprobe der restlichen neuen Bundesländer sowie der alten Bundesländer 2008-2011 (nach Gewichtung)

Befragte aus	Geschlecht und Familienstand	Alter ^a	Bildung ^b
Sachsen	48,3% Männer 51,7% Frauen 53% verheiratet 9,4% verwitwet 7,9% geschieden 29,7% ledig	m = 49,8 s = 18,55 7,6% 16-21 J. 18,8% 22-34 J. 22,9% 35-49 J. 21,7% 50-64 J. 29% >= 65 J.	31,7% niedrigere Schulbildung (kein Abschluss, Volks- oder Hauptschulabschluss) 48% mittlere Schulbildung (Realschule, Polytechnische Oberschule bis 10. Klasse) 17,7% höhere Bildung (Abitur, Fachhochschulreife, abgeschlossenes Studium)
Restliche neue Bundesländer	48,5% Männer 51,5% Frauen 52,9% verheiratet 9,8% verwitwet 8,4% geschieden 28,9% ledig	m = 49,6 s = 17,97 6,2% 16-21 J. 16,4% 22-34 J. 28,3% 35-49 J. 22,9% 50-64 J. 26,2% >= 65 J.	27,4% niedrigere Schulbildung (kein Abschluss, Volks- oder Hauptschulabschluss) 49,5% mittlere Schulbildung (Realschule, Polytechnische Oberschule bis 10. Klasse) 20% höhere Bildung (Abitur, Fachhochschulreife, abgeschlossenes Studium)
alte Bundesländer	48,2% Männer 51,8% Frauen 52,4% verheiratet 10,5% verwitwet 9,8% geschieden 27,4% ledig	m = 50,5 s = 17,89 6,5% 16-21 J. 15,1% 22-34 J. 27,7% 35-49 J. 24,1% 50-64 J. 26,7% >= 65 J.	48,1% niedrigere Schulbildung (kein Abschluss, Volks- oder Hauptschulabschluss) 25,2% mittlere Schulbildung (Realschule, Polytechnische Oberschule bis 10. Klasse) 25% höhere Bildung (Abitur, Fachhochschulreife, abgeschlossenes Studium)

^a m = Mittelwert, s = Standardabweichung

^b Auf 100% Fehlende = Sonstiger Schulabschluss

2.2 Zur Analyse

Neben den Angaben zur Häufigkeit, mit der die Befragten den einzelnen vorgelegten Aussagen zustimmen, wurden die beiden jeweiligen Indikatoren für das entsprechende Element der GMF zu einer Skala zusammengefasst (Mittelwert aus der Zustimmung zu beiden Indikatoren). Eine Ausnahme bildet das Element der Abwertung von Behinderten, das in diese Auswertung mit drei Aussage einget. Die Skala der Indizes reicht von 1 = minimales Ausmaß der Zustimmung bis 4 = maximales Ausmaß der Zustimmung. Darüber hinaus wird bei den GMF-Elementen zusätzlich die Zustimmung zu jeweils beiden Indikatoren ermittelt. Dieser Index verweist auf den Prozentsatz der Befragten, die beiden Indikatoren eher oder voll und ganz zustimmen, und ist somit ein strenges Kriterium für den Anteil der Befragten mit einer minderheitenfeindlichen Einstellung in Bezug auf das entsprechende Element.

Die Auswertung folgt, soweit nicht anders angegeben, diesen Schritten:

- Erstens werden die Ergebnisse aus Sachsen mit denen aus den übrigen neuen Bundesländern sowie den alten Bundesländern verglichen und Besonderheiten in Sachsen hervorgehoben.
- Zweitens wird das Ausmaß von Zustimmungen zu Elementen der GMF bzw. ergänzenden Konstrukten in Sachsen berichtet. Unterschiede zwischen Gruppen innerhalb Sachsens werden geprüft. Analysiert werden jeweils die Häufigkeit, mit der die Befragten ihre Zustimmung geben, bzw. die Mittelwerte der zusammengefassten Skalen.

Insbesondere Abbildungen legen häufig nahe, dass sich Zustimmungsraten zwischen den verschiedenen Bezugsgruppen unterscheiden. Die Frage ist immer, inwieweit diese scheinbaren Unterschiede auch im statistischen Sinne signifikant sind oder ob sie so minimal sind, dass sie lediglich zufällige Schwankungen ausdrücken. Daher folgt immer eine statistische Überprüfung der gefundenen Unterschiede. Die Überprüfung von Mittelwertunterschieden erfolgte mit Hilfe von univariaten Varianzanalysen. Dies erlaubt beispielsweise die Feststellung, bezüglich welcher spezifischen Elemente sich die Befragten aus Sachsen von Anderen substantiell unterscheiden. Das Signifikanzmaß p gibt an, inwieweit ein vermeintlicher Unterschied auch tatsächlich statistisch signifikant ist, d. h. kein Zufallsprodukt ist. Ein $p < .001$ (durch *** gekennzeichnet) drückt eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 0,1% aus, d. h., das Ergebnis ist mit einer Wahrscheinlichkeit von nur 0,1% falsch. Ein $p < .01$ (**) bedeutet eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 1%, ein $p < .05$ (*) eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5%. Auch dieses Ergebnis kann noch als statistisch signifikant gewertet werden. Wird im Folgenden lediglich von signifikanten Unterschieden berichtet, so haben diese eine Irrtumswahrscheinlichkeit von höchstens 5%.

3. Auswertungen für Sachsen

3.1 Zustimmung zu Indikatoren der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*

Im Folgenden wird das Antwortverhalten der Befragten aus Sachsen bezüglich der Fragen, aus denen die Indizes zur Messung der verschiedenen Elemente der GMF gebildet werden, berichtet. In der letzten Spalte wurden die Prozentanteile der Befragten, die der jeweiligen Aussage eher oder voll und ganz zustimmen, addiert. Dieser zusammengefasste Wert als Kriterium für die „Zustimmung“ zu einer Frage, spiegelt deutlich die jeweilige Tendenz des Ausmaßes der Menschenfeindlichkeit der entsprechenden Dimension.

Tab. 2: Häufigkeit der Zustimmung zu Aussagen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Sachsen und dem übrigen Deutschland 2008-2011 (Angaben in Prozent)

Stimme ...	überhaupt nicht zu	eher nicht zu	eher zu	voll und ganz zu	Zustimmung gesamt
Fremdenfeindlichkeit					
Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.					
Sachsen	10,2	27,6	30,0	32,3	62,3
übrige neue Bundesländer	10,6	32,2	24,5	32,7	57,2
alte Bundesländer	17,3	36,5	25,9	20,3	46,2
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man in Deutschland lebende Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.					
Sachsen	16,4	46,8	18,9	17,9	36,9
übrige neue Bundesländer	21,6	45,4	16,2	16,9	33,1
alte Bundesländer	31,9	45,8	13,5	8,9	22,4
Rassismus					
Aussiedler sollten besser gestellt werden als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind.					
Sachsen	27,3	46,9	18,7	7,2	25,9
übrige neue Bundesländer	31,0	44,9	17,2	7,0	24,2
alte Bundesländer	36,2	46,4	12,5	5,0	17,4
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.					
Sachsen	45,4	37,9	11,2	5,5	16,7
übrige neue Bundesländer	54,3	33,8	7,9	4,0	11,9
alte Bundesländer	56,8	31,6	7,3	4,3	11,6
Sexismus					
Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.					
Sachsen	35,8	45,9	11,3	6,9	18,2
übrige neue Bundesländer	47,2	39,9	8,2	4,7	12,9
alte Bundesländer	37,3	41,7	13,4	7,6	21,0
Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.					
Sachsen	44,4	43,3	8,2	4,1	12,3
übrige neue Bundesländer	53,4	38,4	4,8	3,4	8,2
alte Bundesländer	43,5	41,0	9,4	6,0	15,4
Antisemitismus					
Juden haben in Deutschland zuviel Einfluss.					
Sachsen	42,1	41,5	10,7	5,7	16,4
übrige neue Bundesländer	50,2	35,7	9,0	5,1	14,1
alte Bundesländer	49,4	35,4	8,7	6,4	15,2
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.					
Sachsen	53,6	36,8	7,0	2,6	9,6
übrige neue Bundesländer	63,0	28,3	5,2	3,5	8,7
alte Bundesländer	61,4	27,5	8,3	2,8	11,1

Islamfeindlichkeit					
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.					
Sachsen	19,1	49,5	14,5	16,9	31,4
übrige neue Bundesländer	23,8	43,0	16,3	16,9	33,2
alte Bundesländer	35,1	43,4	12,7	8,8	21,5
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.					
Sachsen	26,4	35,3	15,9	22,3	38,3
übrige neue Bundesländer	30,0	34,7	14,0	21,3	35,3
alte Bundesländer	31,0	35,2	16,3	17,5	33,8
Homophobie					
Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.					
Sachsen	30,6	38,9	9,7	20,8	30,5
übrige neue Bundesländer	39,6	34,3	10,5	15,5	26,0
alte Bundesländer	41,7	33,4	10,6	14,3	24,9
Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern sollten erlaubt sein. (Ablehnung ®)					
Sachsen	41,7	29,5	12,3	16,5	28,8
übrige neue Bundesländer	53,0	22,4	13,7	10,9	24,6
alte Bundesländer	49,3	25,3	13,8	11,6	25,4
Abwertung von Obdachlosen					
Die Obdachlosen in den Städten sind unangenehm.					
Sachsen	16,4	44,3	25,1	14,2	39,3
übrige neue Bundesländer	19,4	39,0	26,7	15,0	41,6
alte Bundesländer	20,0	46,6	24,6	8,8	33,4
Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.					
Sachsen	17,0	39,2	24,7	19,1	43,9
übrige neue Bundesländer	18,0	40,5	22,1	19,5	41,5
alte Bundesländer	21,9	46,2	20,0	11,9	31,9
Abwertung von Behinderten					
Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.					
Sachsen	48,6	43,8	5,2	2,4	7,7
übrige neue Bundesländer	55,0	37,3	5,4	2,3	7,7
alte Bundesländer	54,5	39,3	3,5	2,6	6,2
Viele Forderungen von Behinderten finde ich überzogen.					
Sachsen	41,3	48,6	6,8	3,2	10,0
übrige neue Bundesländer	45,2	43,2	8,4	3,2	11,6
alte Bundesländer	45,4	44,1	7,2	3,4	10,6
Behinderte erhalten zu viele Vergünstigungen.					
Sachsen	47,4	46,4	4,2	2,1	6,3
übrige neue Bundesländer	48,3	44,8	4,1	2,8	7,0
alte Bundesländer	50,0	44,7	4,1	1,2	5,3
Betonung von Etabliertenvorrechten					
Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.					

Sachsen	12,9	29,2	37,0	20,9	57,9
übrige neue Bundesländer	17,4	30,7	27,9	24,1	51,9
alte Bundesländer	13,3	28,6	36,0	22,1	58,1
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind.					
Sachsen	21,9	40,6	22,7	14,8	37,5
übrige neue Bundesländer	29,6	37,1	15,8	17,4	33,3
alte Bundesländer	30,4	36,1	19,3	14,1	33,5
Stimme ...	überhaupt nicht zu	eher nicht zu	eher zu	voll und ganz zu	Zustimmung gesamt

Alle Angaben für Sachsen (n = 800), die übrigen neuen Bundesländer (n = 1688) und die alten Bundesländer (n = 4552) beziehen sich jeweils auf die zusammengefassten Stichproben der GMF-Surveys 2008-2011, sofern nicht anders angegeben. Die hier angeführten Prozentzahlen beziehen sich auf die nach Repräsentativität gewichteten Stichproben. Geringfügige Abweichungen in der Spalte „Zustimmung Gesamt“ sind auf Rundungen zurückzuführen.

© Die Zustimmung zu dieser Aussage erfasst im Unterschied zu allen anderen Aussagen hohe Toleranz. Anstelle hoher Zustimmung wird hier hohe Ablehnung ausgewiesen.

Fast zwei Drittel aller Befragten in Sachsen sind der Ansicht, es lebten zu viele Ausländer in Deutschland. 30% stimmen dieser Aussage eher zu, weitere 32,3% stimmen sogar voll und ganz zu. Mit insgesamt 57,2% ist die Zustimmung in den übrigen neuen Bundesländern etwas geringer. In der älteren Stichprobe von 2002-2005 war der Anteil noch größer als in Sachsen. In den alten Bundesländern bleiben die Zustimmungswerte weiterhin deutlich darunter. Die Zustimmung zu dem anderen Indikator für das Maß Fremdenfeindlichkeit, der Aussage „wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“ ist seit der letzten Erhebung 2002-2005 um 8 Prozentpunkte gesunken. Auch bezüglich dieser Frage bestehen deutlich Unterschiede zwischen den neuen und den alten Bundesländern. Insgesamt betrachtet ist der Anteil der Befragten, die fremdenfeindlichen Aussagen zustimmen, sowohl in Sachsen als auch in den restlichen neuen Bundesländern deutlich höher als in den alten Bundesländern.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei Betrachtung der beiden Indikatoren zur Messung von Rassismus. Der ersten Aussage „Aussiedler sollten besser gestellt werden als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind“ stimmt ein deutlich höherer Anteil der Befragten aus Sachsen und den neuen Bundesländern zu. Bei der zweiten Frage „die Weißen sind zu Recht führend in der Welt“ bleibt der Anteil der Zustimmenden Sachsen im Vergleich zur letzten Erhebung 2002-2005 gleich hoch. Die Befragten in den übrigen neuen Bundesländern stimmen dieser Aussage nicht mehr in gleichem Umfang zu wie zum Zeitpunkt der letzten Befragung. Hier geht der Anteil der zustimmenden Befragten auf die gleiche Höhe zurück wie sie in den alten Bundesländern herrscht.

Ein interessantes Bild zeigt sich bei den Zustimmungswerten zu den Aussagen zum Sexismus. Sowohl bei der Aussage „Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen“ als auch bei der Aussage „Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen“ zeigen jeweils die alten

Bundesländer die höchsten Zustimmungsraten, gefolgt von den sächsischen Befragten, und die deutlich niedrigsten Zustimmungsteile zeigen sich in den übrigen neuen Bundesländern.

In der letzten Befragung hatten sich bei den Fragen über die Abwertung von Obdachlosen deutliche Ost-West-Unterschiede gezeigt. Dies findet sich in den aktuellen Werten nicht in dem Maß wieder. Der Aussage „Obdachlose in den Städten sind unangenehm“ stimmt insgesamt ein deutlich geringerer Anteil der Befragten zu als in der letzten Erhebung. 39,3% (2002-2005: 52%) der Sachsen und 41,6% (2002-2005: 48%) der Befragten in den übrigen neuen Bundesländern stimmen der Aussage zu. In den alten Bundesländern sind es 33,4% (2002-2005: 42%). „Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzone entfernt werden“ befürworten 43,9% der Sachsen, 41,5% der übrigen Ostdeutschen und 31,9% der Westdeutschen.

Bei den Aussagen zur Messung der Islamfeindlichkeit hatte sich in der letzten Befragung ein weniger einheitliches Bild ergeben. Dies hat sich in den neueren Daten ausgeglichen, indem die Befragten der alten Bundesländer nun bei beiden Aussagen die niedrigsten Zustimmungsteile vorweisen. Allerdings zeigen nun die neuen Bundesländer gegenläufige Antworttendenzen bei den beiden Indikatoren. Während der Anteil zustimmender Befragter bei der Frage „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ in den übrigen neuen Bundesländern höher ist als in Sachsen, stimmt ein höherer Anteil der Sachsen der Aussage zu „durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im Land“.

Interessant sind die Ergebnisse bezüglich der Fragen zur Messung von Homophobie. Sowohl der Anteil der Sachsen als auch der Anteil der Befragten aus den neuen Bundesländern, die der Frage „es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen“ zustimmen, ist höher als der Anteil der Befragten aus den alten Bundesländern. Allerdings ist im Unterschied zu den zuvor diskutierten Fragen die Differenz zwischen den Anteilswerten der übrigen neuen und der alten Bundesländer geringer als die Differenz zwischen den Anteilswerten der Sachsen und den Befragten der übrigen neuen Bundesländer. Die gleiche Tendenz zeigt sich bei der zweiten Frage „Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern sollten erlaubt sein“. Die Sachsen erweisen sich damit als die am stärksten homophobe Substichprobe und dieses Muster ist seit der ersten Befragung 2002-2005 bestehen geblieben.

Hinsichtlich der Abwertung von Behinderten bestehen kaum Unterschiede zwischen den Substichproben. Sowohl in Sachsen als auch in den neuen Bundesländern sind 7,7% der Befragten der Meinung „Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben“. In den alten Bundesländern ist der Anteil der zustimmenden Befragten um 1,5 Prozentpunkte niedriger. Etwa ein Zehntel der Befragten in allen Substichproben stimmt der Aussage „Viele Forderungen von Behinderten finde ich überzogen“ zu. Bei der Aussage „Behinderte erhalten zu viele Vergünstigungen“ gehen die Zustimmungswerte erstmals etwas auseinander. Mit

7% ist der Zustimmunganteil in der übrigen neuen Bundesländern am höchsten, gefolgt von den Sachsen (6,3%) und den alten Bundesländern (5,3%).

In der letzten Erhebung hatten die alten Bundesländer die größten Zustimmungsteile bei den Aussagen „Juden haben in Deutschland zuviel Einfluss“ sowie „durch ihr Verhalten sind die Juden an ihrer Verfolgung mitschuldig“. Diese Tendenz zeigt sich bei der zweiten Aussage auch in der aktuellen Stichprobe. Bei der ersten Aussage stimmt jedoch die sächsische Stichprobe mit dem größten Anteil zu. Insgesamt finden die Aussagen zum Antisemitismus in den übrigen Bundesländern die geringste Zustimmung.

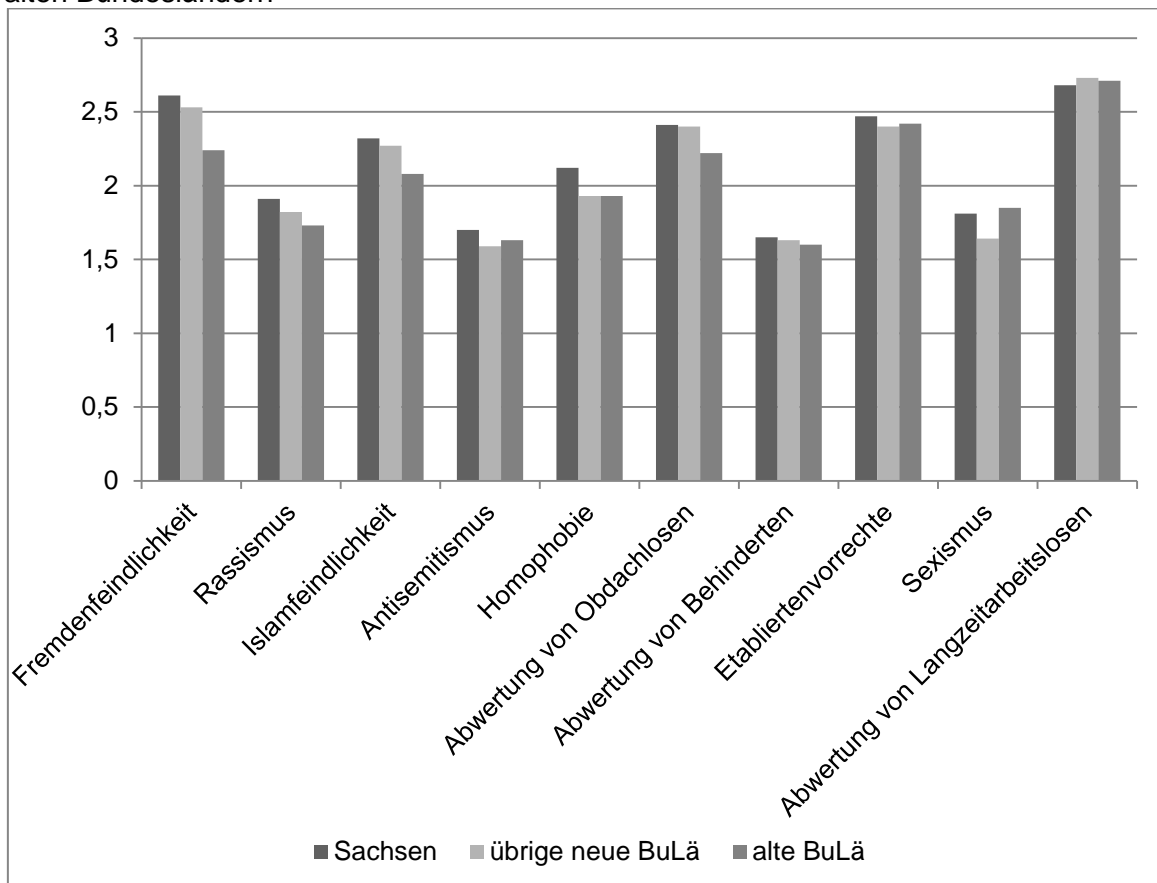
Während in der letzten Befragung noch deutlich häufiger Etabliertenvorrechte vertreten wurden als in den neuen Bundesländern, hat sich das Bild hier gewandelt. Etwa die Hälfte der Befragten aus den übrigen neuen Bundesländern stimmt zu, dass „wer irgendwo neu ist, sich mit weniger zufrieden geben“ soll. In Sachsen und den alten Bundesländern sind es jeweils rund acht Prozentpunkte mehr. Auffällig ist, dass die Aussage „wer schon immer her lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind“ in der sächsischen Stichprobe deutlich mehr Zustimmung erfährt als in den übrigen neuen und den alten Bundesländern. In der vorherigen Stichprobe war hier die noch eine gegenläufige Tendenz zu beobachten.

Insgesamt betrachtet unterscheidet sich das Antwortverhalten der Sachsen im Vergleich zur vorangegangenen Erhebung von dem der übrigen neuen Bundesländer. Es kann nicht mehr festgestellt werden, dass die Zustimmungsraten zu den Einzelaussagen der GMF dieser beiden Substichproben geringe Unterschiede aufweisen, während zu den Anteilswerten der Befragten aus den alten Bundesländern eine deutlichere Differenz besteht. Die Sachsen und Befragten aus den neuen Bundesländern erweisen sich als deutlich fremdenfeindlicher, tendenziell rassistischer, tendenziell islamfeindlicher und obdachlosenfeindlicher als die übrigen Teilstichproben. Die Sachsen zeigen sich am stärksten homophob und Etabliertenvorrechte vertretend und zusammen mit den Befragten aus den alten Bundesländern als sexistischer und antisemitischer.

3.2 Zustimmung zu Elementen der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man nicht mehr die Zustimmungswerte zu einzelnen Aussagen betrachtet, sondern die Zustimmung zu den Elementen der GMF. Abbildung 2 zeigt einen Überblick über die Zustimmung zu den einzelnen Syndromelementen der GMF, die aus den jeweiligen Indikatoren gebildet wurden, im Vergleich zwischen Sachsen und dem übrigen Deutschland. Ausgewiesen werden die Mittelwerte aller Befragten. Ein Mittelwert von 1 bedeutet dabei minimale und von 4 maximale Zustimmung zu allen Indikatoren des Syndromelements.

Abb. 2: Zustimmung zu den Syndromelementen in Sachsen, den übrigen neuen und den alten Bundesländern



Anm.: Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung.

Auch hier wird deutlich, dass die Sachsen und die übrigen neuen Bundesländer signifikant fremdenfeindlicher, rassistischer und islamfeindlicher sind und außerdem Obdachlose stärker abwerten als die alten Bundesländer. Die Islamfeindlichkeit der Sachsen hat seit der Datenlage 2002-2005 stark zugenommen, sodass sich die Sachsen hinsichtlich dieses Vorurteils nun feindlicher zeigen als die übrigen neuen Bundesländer (s. Anhang). Sachsen allein erweist sich in diesem Datensatz (2008-2011) als besonders homophob. Dennoch ist zu vermerken, dass die Homophobie, ebenso wie der Antisemitismus, die Abwertung von Obdachlosen und die Fremdenfeindlichkeit seit der letzten Erhebung zurückgegangen ist. Besonders auffällig ist außerdem, dass sich die sächsische Stichprobe stärker der der alten Bundesländer angeglichen hat. So sind die Sachsen und die Befragten aus den alten Bundesländern signifikant stärker antisemitisch (der Unterschied zwischen den alten und den übrigen neuen Bundesländern ist nur tendenziell signifikant) und sexistisch als die übrigen neuen Bundesländer. Keinen signifikanten Unterschied zwischen den Bundesländern gibt es

bei der Einforderung von Etabliertenvorrechten, der Abwertung von Behinderten und Langzeitarbeitslosen.

4. Verschiedene Bevölkerungsgruppen in Sachsen

Wie aus der Forschung zu Vorurteilen bekannt ist und die bisherige Analyse der GMF-Surveys bestätigt hat, unterscheiden sich verschiedene Bevölkerungsgruppen im Ausmaß ihrer Zustimmung zur GMF. Vor allem die Bildung hat einen ganz wesentlichen Einfluss. Im Durchschnitt stimmen Befragte mit höherer Schulbildung den Elementen weniger zu als Befragte mit geringerer Schulbildung (Heyder 2003). Auch der Einfluss des Alters wurde bereits im GMF-Survey analysiert. Anders als es die öffentliche Wahrnehmung und der Zuschnitt vieler Projekte gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vermuten lassen, sind es vielfach eher die Älteren, die zur Menschenfeindlichkeit neigen, während Jugendliche und junge Erwachsene häufig geringere Vorurteile haben (Endrikat 2006). Als ebenso interessant und überraschend hat sich der Vergleich von Männern und Frauen erwiesen. Anders als es vielfach das Klischee von friedfertigen und mitfühlenden Frauen vermuten lässt, äußerten sich Frauen fremdenfeindlicher, rassistischer und islamfeindlicher als Männer (Küpper/Heitmeyer 2005). Darüber hinaus lässt die Forschung zum poor-white-racism Phänomen in den USA vermuten, dass auch in Deutschland und darüber hinaus auch in Sachsen junge Männer mit geringerer Bildung bzw. niedrigerem Einkommen besonders zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, möglicherweise auch zu Vorurteilen gegenüber anderen schwachen Gruppen neigen. Diese Gruppe ist zudem eine besonders kritische Gruppe, weil sie auch besonders häufig als Täter von Straf- und Gewalttaten mit menschenfeindlichem Hintergrund in Erscheinung tritt. Daneben hat sich auch die Konfessionszugehörigkeit als Prädiktor für die GMF erwiesen – anders als vielleicht zunächst anzunehmen, erweisen sich Angehörige der beiden großen christlichen Konfessionen keineswegs als weniger feindselig, im Gegenteil (Küpper/Zick 2006). Für Sachsen, einem durch Konfessionslose geprägten Bundesland, stellt sich daher die interessante Frage, inwieweit sich die Zugehörigkeit zu einer christlichen Konfession in höheren Zustimmungswerten zu Elementen der GMF niederschlägt.

Im Folgenden wird das Ausmaß von GMF in verschiedenen Bevölkerungsgruppen für Sachsen beschrieben. Unterschiede zu den entsprechenden Bevölkerungsgruppen in den übrigen neuen sowie alten Bundesländern werden gegebenenfalls diskutiert.

4.1 Geschlecht

Der Vergleich von Frauen und Männern aus Sachsen bestätigt, dass sich Einstellungen zu Minderheiten bezüglich vieler Elemente nach den Geschlechtern unterscheiden. In dem vorherigen Datensatz 2002-2005 hatten die Frauen signifikant häufiger fremdenfeindlichen und rassistischen Aussagen zugestimmt, die aktuelle Befragung zeigt diese Befunde nach wie vor für die alten Bundesländer, jedoch nicht mehr in für die sächsische Substichprobe.

Auch Aussagen zur Abwertung von Langzeitarbeitslosen werden in den neuen Bundesländern gleich häufig von Männern und Frauen vertreten, während die Männer diese Aussagen in Westdeutschland signifikant stärker befürworten.

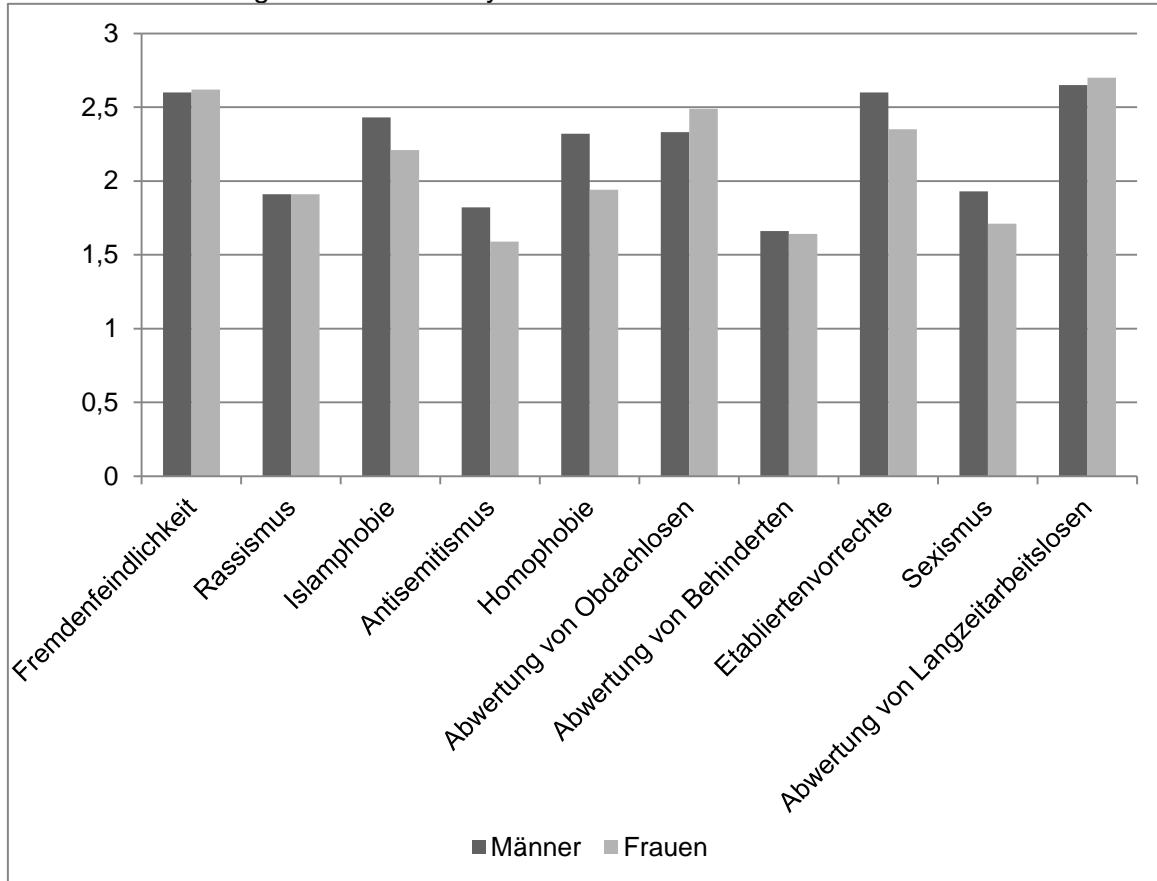
Bei den Zustimmungsraten zur Islamfeindlichkeit zeigen sich, wie in Abbildung 3 zu sehen, interessante Unterschiede. In Sachsen stimmen die Männer den Aussagen zur Islamfeindlichkeit signifikant stärker zu, in den alten Bundesländern hingegen die Frauen. Dieser Befund ist besonders hervorzuheben, da es einen Trendwechsel seit der letzten Erhebung gegeben hat, zu dem früheren Zeitpunkt hatte das sächsische Zustimmungsverhalten noch dem der alten Bundesländer entsprochen (s. Anhang).

Durchgehend in allen Bundesländern stimmen die Männer signifikant stärker den antisemitischen, homophoben (die Differenz zwischen den Zustimmungsraten von Männern und Frauen hat seit der letzten Erhebung stark zugenommen, s. Anhang) und die Frauen den Obdachlosen abwertenden Aussagen zu.

Sachsen stellt bei der geschlechterspezifischen Betrachtung der Abwertung von Behinderten eine Ausnahme dar, denn Männer und Frauen haben die gleichen Zustimmungssanteile, während in allen übrigen Bundesländern die Männer diesen Aussagen stärker zustimmen. Ebenfalls beim Sexismus weicht Sachsen von den übrigen Bundesländern ab, die sächsischen Männer äußern mehr Zustimmung zu den Aussagen des Sexismus, in den übrigen Bundesländern gibt es hier keine signifikanten Geschlechterunterschiede.

Betrachtet man die geschlechterspezifischen Unterschiede der Etabliertenvorrechte, wird deutlich, dass sich Ost- und West-Deutschland hier unterscheiden. Die Frauen der alten und die Männer der neuen Bundesländer vertreten signifikant stärkere Etabliertenvorrechte. In den Daten von 2002-2005 hatte es hinsichtlich der Geschlechterverteilung hier noch keine Unterschiede gegeben.

Abb. 3: Zustimmungswerte zu den Syndromelementen bei Frauen und Männern in Sachsen



Anm.: Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung; *** = $p < .001$, ** = $p < .01$, * = $p < .05$.

Unter den sächsischen Befragten erweisen sich Frauen signifikant eher bereit Obdachlose abzuwerten. Im Gegenzug stimmen Männer eher als Frauen islamfeindlichen, antisemitischen sowie homophoben und sexistischen Aussagen zu und sie pochen stärker auf Etabliertenvorrechte. Bei den übrigen Syndromelementen unterscheiden sich Frauen und Männer in Sachsen nicht.

4.2 Alter

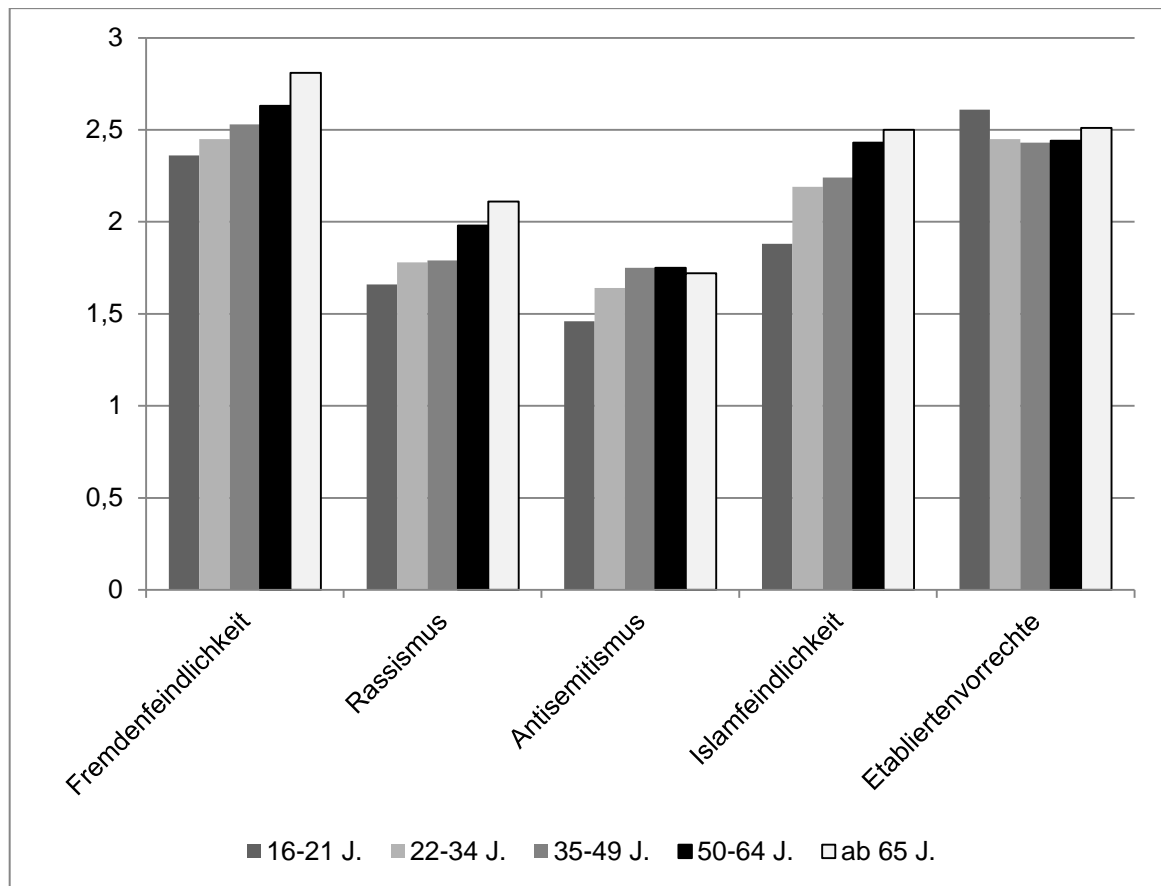
Fünf Gruppen wurden in Abhängigkeit ihres Alters miteinander verglichen: Befragte im Alter von 16-21 Jahren, von 22-34 Jahren, von 35-49 Jahren, von 50-64 Jahren und Befragte im Alter von 65 und mehr Jahren. Weiterhin werden Unterschiede zwischen Sachsen, den Befragten der übrigen neuen sowie alten Länder herausgearbeitet. Zur besseren Übersicht werden zunächst die GMF-Elemente dargestellt und interpretiert, die sich auf eher kulturelle Unterschiede, Überlegenheitsansprüche und Vorrechte beziehen, nämlich die Elemente Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und die Betonung von Etabliertenvorrechten (vgl. Abb. 4). Anschließend wird auf die Teilelemente des früheren Elements Heterophobie eingegangen, also auf Einstellungen, die sich auf Minderheiten aus der eigenen Mitte beziehen, nämlich auf die Elemente Homophobie, Abwertung von Behinderten, Obdachlosen sowie Langzeitarbeitslosen und den Sexismus (vgl. Abb. 5). Insgesamt

lässt sich feststellen, dass sich die Befragten aus Sachsen über fast alle Syndromelemente hinweg in Abhängigkeit ihres Alters deutlich im Vergleich der Mittelwerte unterscheiden.

4.2.1 Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Etablierten-vorrechte

Bei der Bewertung der Elemente Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit ist bei den Sachsen ein linearer Anstieg der Mittelwerte in Bezug auf das Alter zu verzeichnen (vgl. Abb. 4). Jüngere Befragte weisen durchgängig niedrigere Zustimmungswerte als die älteren Altersgruppen auf. Der Umstand, dass in Sachsen eher die Älteren geneigt sind, den entsprechenden GMF-Elementen zuzustimmen, ist kein regionalspezifisches Phänomen. Auch im bundesweiten Vergleich findet sich zumeist ein linearer Anstieg der Mittelwerte von der jüngsten Altersgruppe mit den niedrigsten Zustimmungswerten bis zu den ältesten Gruppen mit den höchsten Werten. Dennoch ist es hier besonders hervorzuheben, da die jüngste Altersgruppe sich bei der letzten Datenlage 2002-2005 noch durch teilweise sehr hohe Werte auszeichnete, die in anderen Regionen nicht zu beobachten waren. Dies ist insbesondere beim Rassismus und auch bei der Abwertung von Obdachlosen zu beobachten (s. Anhang).

Abb. 4: Zustimmungswerte zu den Syndromelementen nach Altersgruppen



Anm.: Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung.

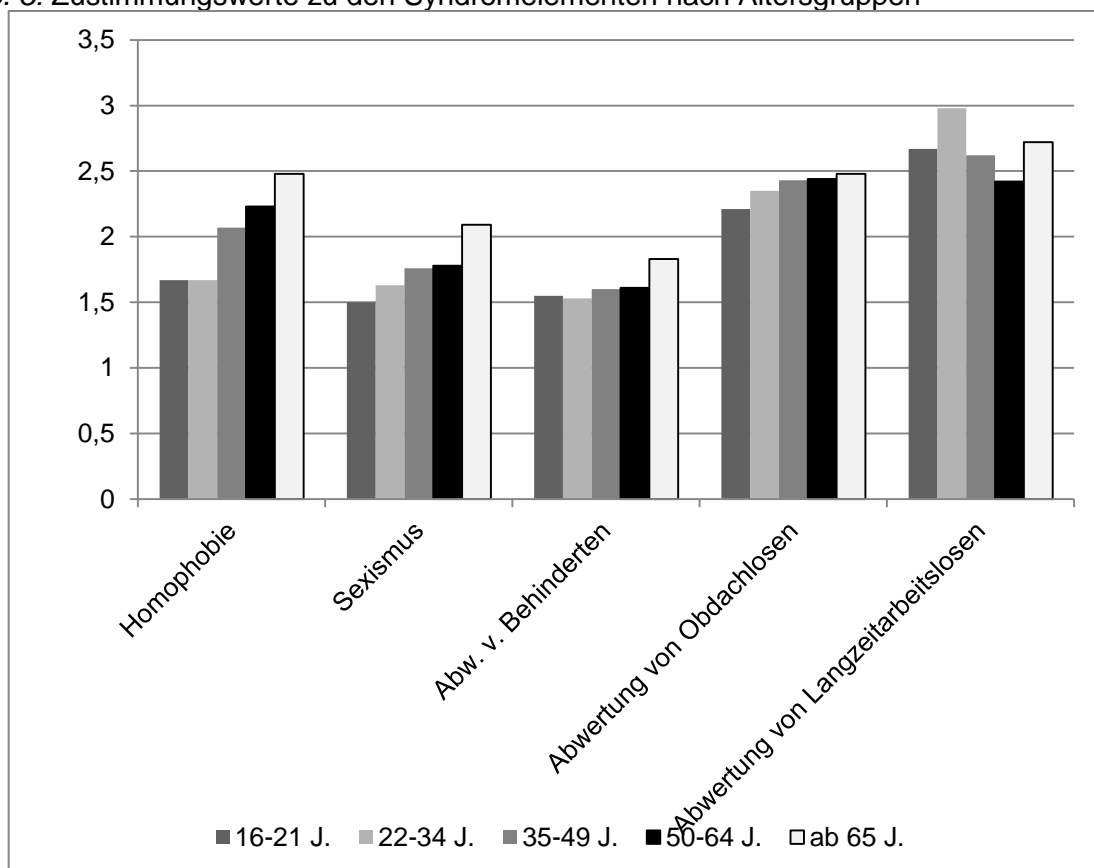
Eine Ausnahme bildet das Element der Betonung von Etabliertenvorrechten, bei dem die Mittelwerte der verschiedenen Altersgruppen aktuell eine u-förmige Kurve abbilden. Hier erweisen sich die jüngeren Befragten und die ältesten Befragten als am feindseligsten. Die mittleren Altersgruppen stimmen den Aussagen, die Etablierten Vorrechte einräumen vergleichsweise wenig zu. Bei der letzten Erhebung hatten die jüngsten Befragten bei der Zustimmung zu diesem Element noch deutlich die niedrigsten Werte gehabt.

Was sich bereits für ganz Deutschland gezeigt hat, offenbart sich auch in Sachsen: Vor allem die älteren Jahrgänge fallen durch hohe Zustimmungswerte zu den Elementen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit auf. Allen voran sind es die Ältesten ab 65 Jahren, gefolgt von denen im höheren Alter zwischen 50 und 64 Jahren. Über die meisten Elemente hinweg bestätigt sich der bundesweite Trend zu einer linearen Streuung der Mittelwerte. Eine Ausnahme bilden die Etabliertenvorrechte, deren Befürwortung seit der letzten Datenlage bei der jüngsten Altersgruppe verhältnismäßig stark gestiegen ist, sodass sich hier nun eine u-förmige Verteilung zeigt.

4.2.2 Homophobie, Sexismus und die Abwertung von Behinderten, Obdachlosen sowie Langzeitarbeitslosen

Homophobie stellt wie in den Ergebnissen der vorangegangenen Datenlage 2002-2005 das Syndromelement dar, bei dem sich unterschiedliche Wertorientierungen zwischen Alten und Jungen am deutlichsten zeigen (vgl. Abb. 5). Während der durchschnittliche Zustimmungswert für die Sachsen im Alter von 16-21 Jahren mit 1,7 relativ niedrig ist, erreicht er bei den über 64-jährigen einen Wert von 2,5. Insgesamt ist, wie bei den meisten der zuvor besprochenen Syndromelemente ein linearer Anstieg der Mittelwerte in Abhängigkeit des Alters zu verzeichnen, allerdings ist dieser bei dem hier diskutierten Element Homophobie deutlich steiler.

Abb. 5: Zustimmungswerte zu den Syndromelementen nach Altersgruppen



Anm.: Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung.

Auch beim Sexismus hebt sich die Gruppe der 65jährigen und Älteren auffällig durch die höchsten Werte ab.

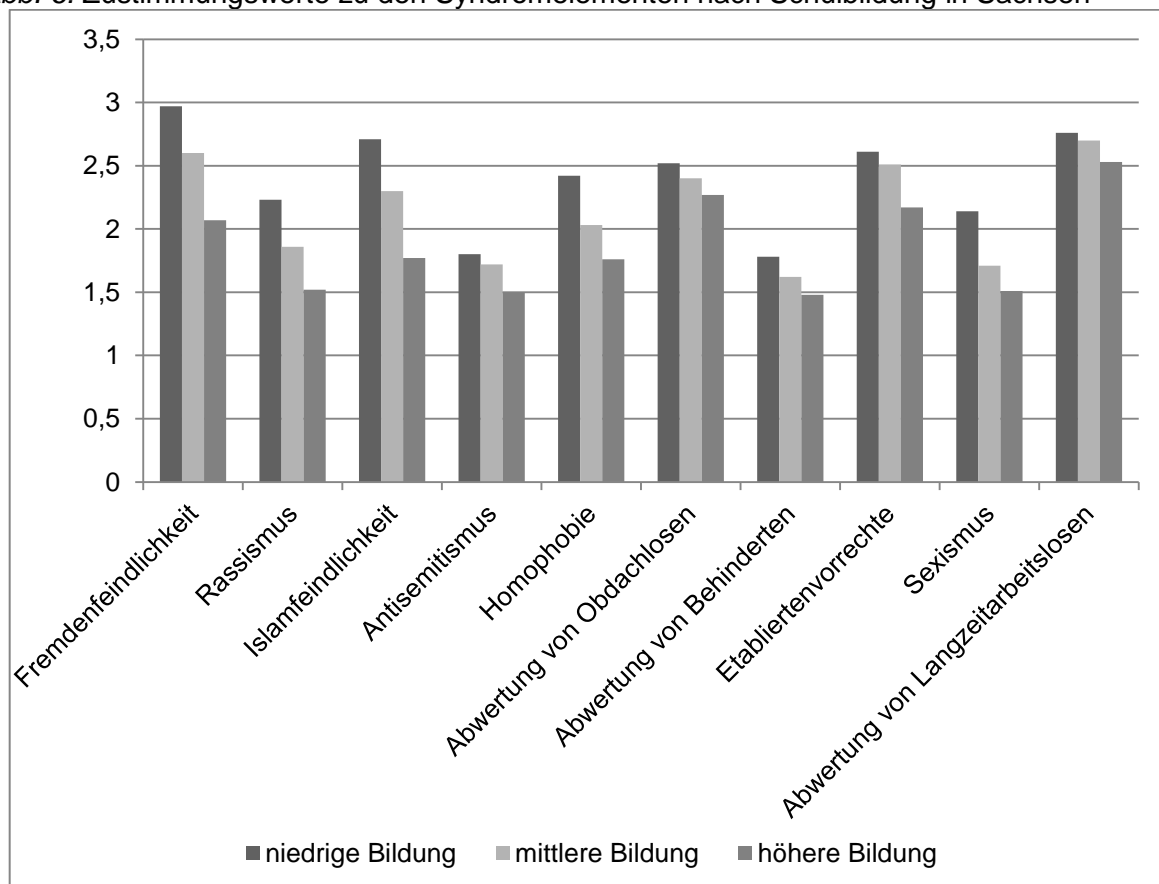
Bei der Abwertung von Behinderten und Obdachlosen sind hingegen kaum Unterschiede zwischen den Altersgruppen zu finden. Die nach Alter gruppierten Mittelwerte liegen weitgehend auf einer Linie, abgesehen davon, dass die älteste Gruppe der Sachsen besonders hohe Werte in der Abwertung von Behinderten zeigt. Die Zustimmung zu Aussagen, die Obdachlose abwerten, hat seit der letzten Datenanalyse 2002-2005 bei der jüngsten Befragten-gruppe stark abgenommen. Insgesamt nahm die Zustimmung zu diesen Aussagen bei allen Altersgruppen ab, abgesehen von der ältesten Gruppe der ab 65jährigen (s. Anhang).

Homophobie stellte das Element der GMF dar, bei dem sich unterschiedliche Wertorientierungen zwischen Alten und Jungen am deutlichsten zeigen. Auffällig ist, dass die 22-34jährigen sich bei der Abwertung von Langzeitarbeitslosen durch besonders hohe Werte auszeichnen. Erfreulich ist die Beobachtung, dass bei der jüngsten Altersgruppe die Zustimmung zu den Obdachlosenabwertenden Aussagen besonders stark abgenommen hat.

4.3 Schulbildung

Zur Analyse des Einflusses der Schulbildung wurden die Befragten zu drei Gruppen zusammengefasst, um Stichprobengrößen zu erhalten, die noch aussagekräftiger sind. In der Kategorie niedrige Schulbildung sind Befragte ohne Schulabschluss und mit einem Abschluss der Volks- oder Hauptschule bzw. der Polytechnischen Schule bis einschließlich der 8. Klasse enthalten, die Kategorie mittlerer Schulabschluss umfasst Befragte mit einem Abschluss der Realschule, der Polytechnische Oberschule bis einschließlich der 10. Klasse, die Kategorie höherer Schulabschluss wurde aus Befragten mit Abitur bzw. Fachabitur gebildet.

Abb. 6: Zustimmungswerte zu den Syndromelementen nach Schulbildung in Sachsen



Anm.: Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung.

In beinahe allen Bundesländern unterscheiden sich die Bildungsgruppen in ihrer Zustimmung zu allen Syndromelementen. Es zeigt sich das einheitliche Bild, dass jeweils die am wenig-

ten Gebildeten den Aussagen der GMF im Durchschnitt am stärksten und die am meisten Gebildeten am wenigsten zustimmen (vgl. Abb. 6).

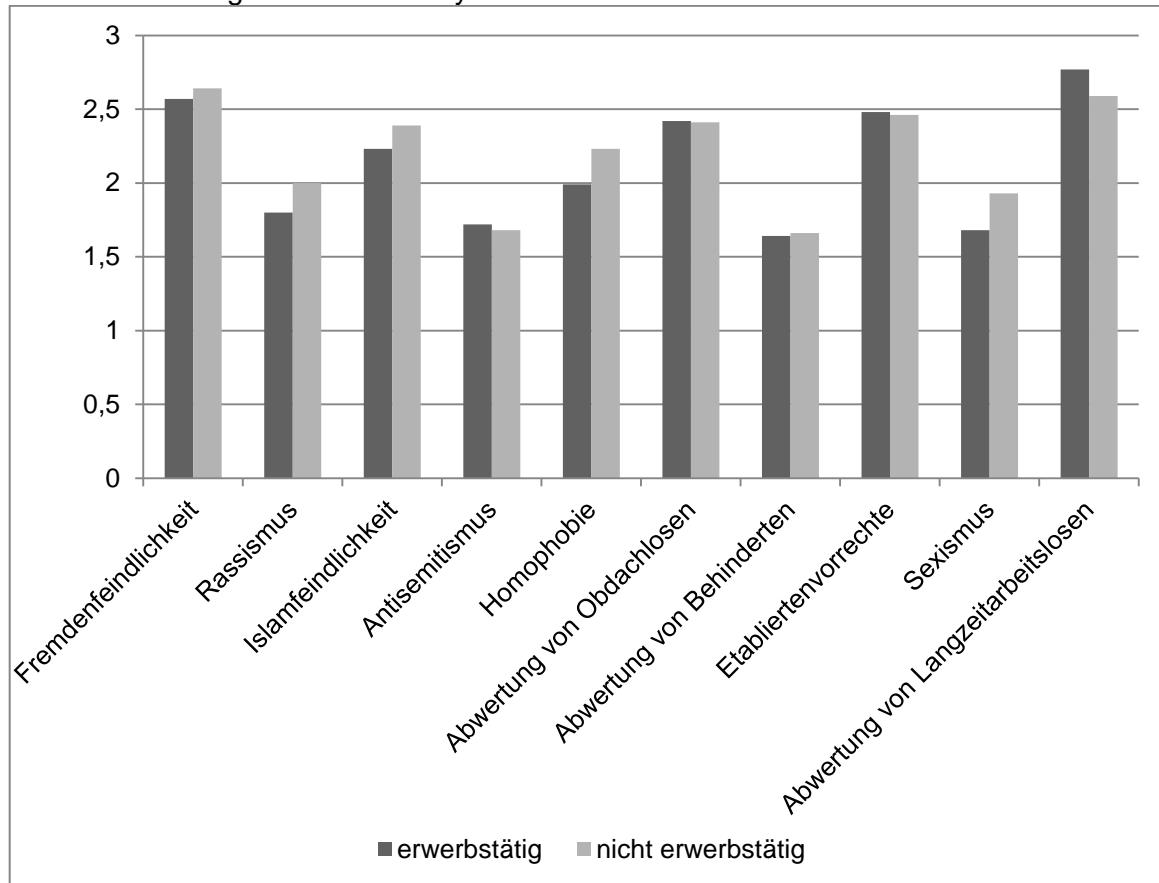
Bei der Betrachtung der Zustimmungsentwicklung (s. Anhang) fällt auf, dass die Zustimmung zu islamfeindlichen Aussagen bei den niedrig Gebildeten besonders stark angestiegen ist. Während niedrig und mittel Gebildete bei der letzten Erhebung noch gleich hohe Werte in der Zustimmung zu obdachlosenabwertenden Aussagen hatten, ist die Zustimmung der mittel Gebildeten seither überproportional gesunken.

In Sachsen hat die Schulbildung einen ganz erheblichen Einfluss auf fast alle Elemente der GMF, wie es sich auch für das übrige Deutschland zeigt. Befragte mit höherer Schulbildung, d. h. mit Fachabitur oder Abitur äußern sich weniger fremdenfeindlich, rassistisch, islamfeindlich, antisemitisch, homophob, sexistisch, abwertend gegenüber Behinderten und Langzeitarbeitslosen und äußern weniger Etabliertenvorrechte, als Befragte mit niedrigerer Schulbildung. Sie werden dicht gefolgt von Sachsen mit mittlerer Schulbildung. Am deutlichsten abwertend äußern sich entsprechend Sachsen mit niedriger Schulbildung.

4.4 Erwerbstätigkeit

Ein weiterer wichtiger Indikator für die soziale Lage und entsprechend ein Prädiktor für die Zustimmung zu den Syndromelementen ist der Stand im Erwerbsleben (vgl. Abb. 7). Die Interviewten wurden gefragt, ob sie erwerbstätig sind oder nicht. Bei den Auswertungen ist zu beachten, dass in beiden Gruppen sehr verschiedene Lebenssituationen zusammengefasst sind. So umfasst die Gruppe der Erwerbstätigen sowohl Vollzeit- als auch Teilzeitbeschäftigte, gut positionierte Selbstständige mit mehreren Angestellten sowie Selbstständige in einer prekären Erwerbssituation mit einem geringen Einkommen. In der Gruppe der nicht Erwerbstätigen sind sowohl Schüler, Hausfrauen, Rentner als auch Arbeitslose enthalten. Weiterhin ist zu beachten, dass die soziale Situation des Befragten nicht zwingend durch den eigenen Stand im Erwerbsleben geprägt ist. Vielmehr hängt sie gerade bei jüngeren Befragten oftmals von der Situation der Eltern und bei Paaren von der Situation des Partners ab. Die Ergebnisse können daher nur einen Anhaltspunkt geben und sind mit Vorsicht zu interpretieren.

Abb. 7: Zustimmungswerte zu den Syndromelementen nach Stand im Erwerbsleben



Anm.: Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung.

Trotz der genannten Einschränkungen zeigt sich, dass sich die durchschnittlichen Zustimmungswerte zwischen Erwerbstätigen und nicht Erwerbstätigen in Sachsen unterscheiden. Betrachtet man den Status der Erwerbstätigkeit, unterscheiden sich auch die Bundesländer in erheblichem Ausmaß. Dies war in der vorhergegangenen Datenanalyse 2002-2005 so noch nicht zu finden.

Interessant ist, dass sich ein Ergebnis, das sich noch in der vorherigen Analyse gezeigt hatte und nach wie vor in den übrigen Bundesländern zeigt, aktuell für Sachsen nicht mehr gilt: Nicht Erwerbstätige sind in Sachsen nicht mehr signifikant fremdenfeindlicher.

Wie in allen übrigen Bundesländern sind nicht erwerbstätige Sachsen weiterhin signifikant rassistischer, homophober, sexistischer und islamfeindlicher (bei der Islamfeindlichkeit hat die Differenz zugenommen, s. Anhang) als erwerbstätige Befragte. Nicht erwerbstätige Sachsen sind weiterhin abwertender gegenüber Behinderten eingestellt, dieser Unterschied erreicht jedoch keine statistische Signifikanz.

Die erwerbstätigen Befragten über alle Bundesländer hinweg sind hingegen leicht abwertender gegenüber Langzeitarbeitslosen eingestellt. Ein ähnliches Muster zeigen die beiden Facetten Antisemitismus und Etabliertenvorrechte: In allen Bundesländern sind die nicht erwerbstätigen Befragten signifikant antisemitischer eingestellt und vertreten stärker Etabliertenvorrechte abgesehen von Sachsen. In Sachsen sind die Mittelwerte der erwerbstätigen Befragten hier höher, dieser Unterschied ist in beiden Fällen aber nicht statistisch signifikant.

Dennoch ist dieser Befund eindrucksvoll, denn in der letzten Datenanalyse 2002-2005 hatte sich noch die gleiche Tendenz gezeigt wie in den übrigen Bundesländern (s. Anhang).

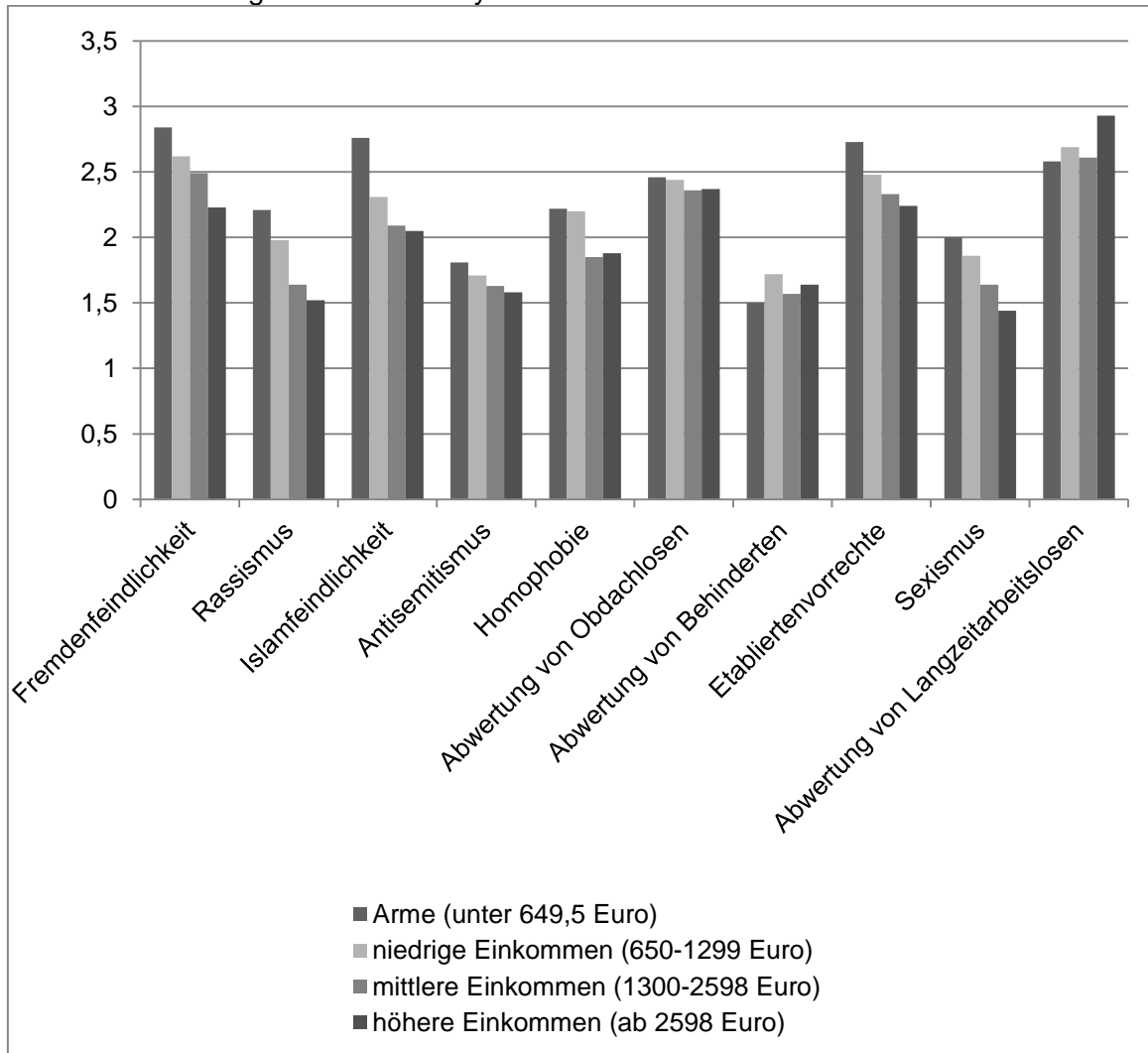
Die Einstellung gegenüber Obdachlosen scheint im Bundesländervergleich stark zu variieren. Während es bei den Sachsen nur minimale Unterschiede in den Zustimmungsraten zu abwertenden Aussagen gegenüber Obdachlosen gibt, werten die Erwerbstätigen in den alten Bundesländern diese Gruppe signifikant weniger stark und in den neuen Bundesländern signifikant stärker ab.

Nicht Erwerbstätige in Sachsen haben ebenso wie nicht Erwerbstätige in den übrigen neuen sowie alten Bundesländern mehr Vorurteile gegenüber Minderheiten als Erwerbstätige. Sie stimmen durchschnittlich stärker rassistischen, sexistischen, islamfeindlichen sowie homophoben Aussagen zu. Allerdings scheint sich diese klare Unterscheidung, wie sie in den anderen Bundesländern nach wie vor zu finden ist, aufzuweichen. Erwerbstätige Sachsen stimmen im Gegensatz zu den Befragten der übrigen Bundesländer tendenziell stärker Aussagen zu, die Langzeitarbeitslose abwerten, Etabliertenvorrechte äußern oder antisemitischer sind.

4.5 Einkommen

Ein weiteres Kriterium für die soziale Lage der Befragten ist das Einkommen. Das Äquivalenzeinkommen wird direkt erfasst, indem die Interviewten gefragt werden, wie hoch das monatliche Netto-Einkommen ist, das alle zusammen im Haushalt nach Abzug der Steuern und Sozialversicherung haben. Diese dann in Kategorien zusammengefassten Werte gelten folglich für den gesamten Haushalt, häufig also die Familie, auch wenn die Befragten das Geld nicht selbst verdienen. Bei der Interpretation des Äquivalenzeinkommens muss beachtet werden, dass v. a. die Gruppe der Armen sich aus sehr unterschiedlichen Befragten zusammensetzen könnte. Vor allem junge Menschen verdienen häufig wenig Geld und wie bereits gezeigt werden konnte haben sie eher niedrige Zustimmungsraten zur GMF. Auch Studierende werden durch die Klassifizierung häufig der Gruppe der Armen zugeordnet. Dabei ist zu beachten, dass sie gleichzeitig in die Gruppe der höher Gebildeten eingeordnet werden und dass diese höhere Bildung mit niedrigeren Zustimmungsraten zur GMF einher gehen.

Abb. 8: Zustimmungswerte zu den Syndromelementen nach Einkommen



Anm.: Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung.

Als typisches Muster über alle Bundesländer hinweg lässt sich beobachten, dass die Abwertung schwacher Gruppen linear mit steigendem Einkommen sinkt (vgl. Abb. 8). Die unteren Einkommensgruppen werten also häufig Angehörige schwacher Gruppen stärker ab als niedrige Einkommensgruppen, diese wiederum stärker als mittlere und diese stärker als höhere Einkommensgruppen. Dies gilt für die Fremdenfeindlichkeit, den Rassismus, die Islamfeindlichkeit (hier unterscheidet sich in Sachsen nur die Gruppe der Armen signifikant von den übrigen Einkommensgruppen), die Etabliertenvorrechte, den Sexismus und den Antisemitismus. Die Unterschiede werden beim Antisemitismus nicht statistisch signifikant, entsprechen aber dennoch diesem Muster. Besonders unter Berücksichtigung der Zusammensetzung der Gruppe der Armen ist dies bemerkenswert. Trotz der in der Gruppe enthaltenen Studenten und jungen Menschen, ist das Mittel der Zustimmungsraten meist höher als in den anderen Gruppen. Insgesamt bestehen fließende Übergänge zwischen den kategorisierten Einkommensgruppen, die sich auch in dem linearen Abfall wiederfinden. So gibt es häufig keine signifikanten Unterschiede in den Zustimmungsraten der Armen und der Befragten mit niedrigem Einkommen sowie der Befragten mit mittlerem und höherem Einkommen.

Ausnahmen bestehen augenscheinlich bei den Zustimmungsraten zur Homophobie in Sachsen, denn in der Abbildung wird deutlich, dass kein klarer linearer Abfall zu beobachten ist. Statistisch signifikant ist jedoch nur, dass die mittleren Einkommensgruppen in Sachsen homophoben Aussagen weniger zustimmen als die Armen und niedrigen Einkommensgruppen. Trotz des Mangels an statistischer Signifikanz scheint dieses Element eine Ausnahme zu bilden. Denn in den alten Bundesländern stimmen die Armen den homophoben Aussagen statistisch signifikant seltener zu als die Angehörigen der niedrigen und mittleren Einkommensgruppen.

Auch die Abwertung von Obdachlosen folgt nur in den alten Bundesländern dem zuvor beobachteten linearen Trend. In Sachsen bestehen keine signifikanten Unterschiede in den Abwertungsraten und in den übrigen neuen Bundesländern stimmen sogar die Angehörigen der mittleren Einkommensgruppen signifikant stärker den Obdachlosen abwertenden Aussagen zu als die der niedrigen Einkommensgruppen.

Die Abwertung von Behinderten stellt im Vergleich mit den anderen Elementen der GMF wiederum eine Besonderheit dar. In den alten Bundesländern zeigen sich erneut die proportional zum Einkommen sinkenden Zustimmungsraten, während in den übrigen neuen Bundesländern die Unterschiede nicht signifikant werden und in Sachsen sogar die Armen den abwertenden Aussagen signifikant am wenigsten zustimmen.

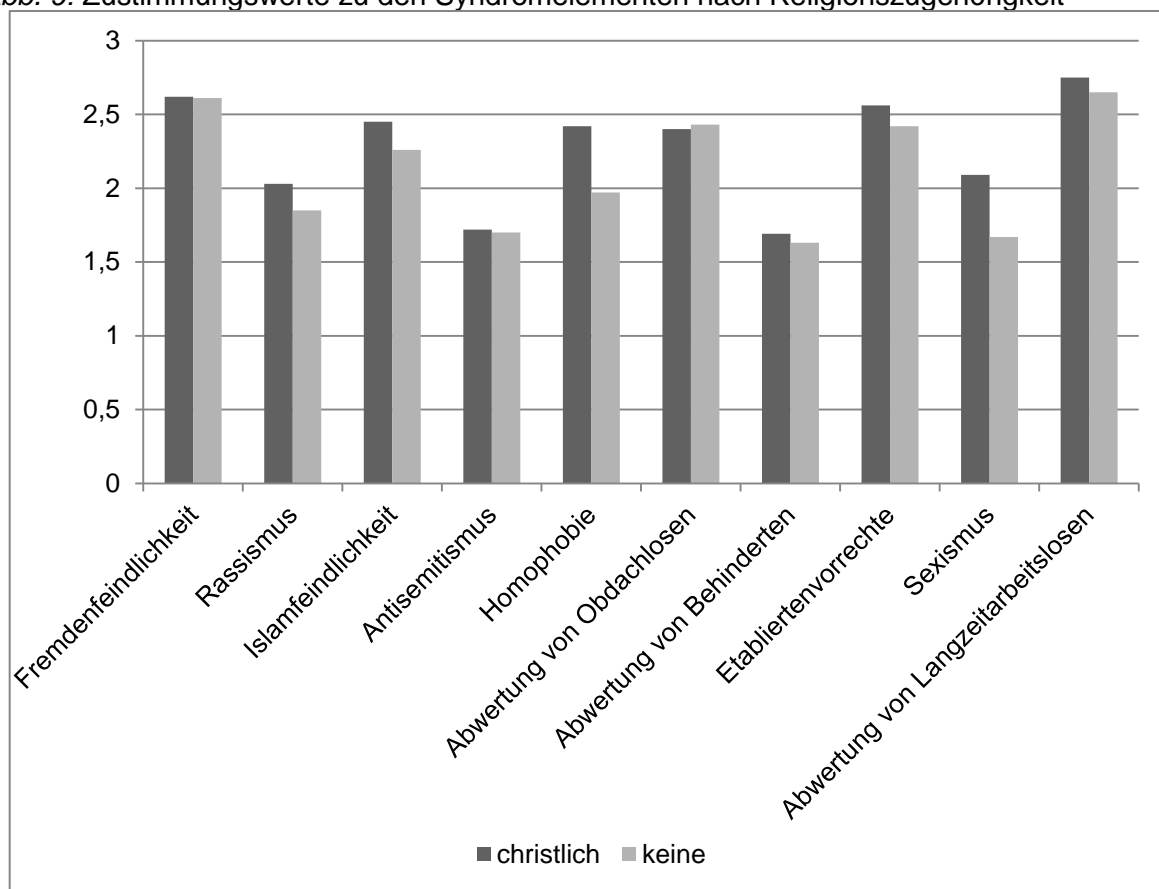
Ein sehr heterogenes Bild zeigt sich auch bei der Abwertung von Langzeitarbeitslosen. In den alten Bundesländern wird wiederum der lineare Abwärtstrend mit steigendem Einkommen beobachtet, wohingegen die neuen Bundesländer abgesehen von Sachsen einen genau gegenläufigen Trend zeigen, bei dem die Armen am wenigsten und linear steigend bis zu den Befragten mit höherem Einkommen am stärksten den Aussagen zustimmen (dieser Anstieg ist nicht statistisch signifikant). Die Verteilung der sächsischen Befragten ähnelt hier jener der Befragten aus den übrigen neuen Bundesländern, wobei die Befragten mit höheren Einkommen Langzeitarbeitslose am stärksten abwerten. Allerdings erreichen diese Unterschiede für Sachsen ebenfalls keine statistische Signifikanz.

In ganz Deutschland zeigt sich ein linearer Trend, bei dem die unteren Einkommensgruppen menschenfeindlichen Aussagen stärker zustimmen als die höheren Einkommensgruppen. Dies gilt in Sachsen für die Fremdenfeindlichkeit, den Rassismus, die Islamfeindlichkeit, den Sexismus, die Etabliertenvorrechte und den Antisemitismus. Ausnahmen, bei denen die höheren Einkommensgruppen höhere Zustimmungsraten haben als die niedrigen Einkommensgruppen kommen in Sachsen häufiger vor als in den alten Bundesländern. Vor allem bei der Abwertung von Langzeitarbeitslosen und Behinderten, aber auch bei der Homophobie zeigten sich diese Abweichungen.

4.5 Religion

Wie sich bereits für ganz Deutschland gezeigt hat, spielt die Religionszugehörigkeit eine nicht unerhebliche Rolle für das Ausmaß der Zustimmung zur GMF (Küpper/Zick, 2006). Angehörige einer der beiden großen christlichen Konfessionen erwiesen sich über ganz Deutschland hinweg im Vergleich zu Konfessionslosen insgesamt als feindseliger. Für die Auswertungen in Sachsen wurden die beiden großen christlichen Konfessionen, die Katholiken und die Protestanten in der Kategorie „Angehörige einer christlichen Religionsgemeinschaft“ zusammengefasst, um eine ausreichend große Fallzahl zu erreichen. Sie werden der Gruppe der Konfessionslosen gegenübergestellt. Angehörige sonstiger Religionsgemeinschaften wurden wegen geringer Fallzahlen aus der Analyse ausgeklammert.

Abb. 9: Zustimmungswerte zu den Syndromelementen nach Religionszugehörigkeit



Anm.: Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung.

Auch in Sachsen unterscheiden sich Angehörige einer der beiden großen christlichen Konfessionen sowie Konfessionslose deutlich voneinander (vgl. Abb. 9). Sächsische Befragte, die einer christlichen Religionsgemeinschaft angehören, zeigen im Vergleich zu Konfessionslosen höhere Zustimmungswerte beim Rassismus, bei der Islamfeindlichkeit, bei der Homophobie, bei den Etabliertenvorrechten, beim Sexismus und tendenziell signifikant auch bei der Abwertung von Langzeitarbeitslosen. Die Differenz zwischen den Zustimmungswerten der Konfessionslosen und der Angehörigen einer christlichen Glaubensgemeinschaft ist be-

sonders bei den Elementen der Islamfeindlichkeit und der Etabliertenvorrechte stark gestiegen (s. Anhang).

Übergreifend über alle Bundesländer betrachtet, neigen die Konfessionslosen lediglich in den neuen Bundesländern stärker zum Antisemitismus. In den alten Bundesländern stimmten die christlichen Befragten stärker den antisemitischen Aussagen zu und die sächsische Befragte wiesen bei diesem Syndromelement keine Unterschiede hinsichtlich der Religionszugehörigkeit auf. Konfessionslose und christliche sächsische Befragte sind des Weiteren gleich fremdenfeindlich und im selben Ausmaß abwertend gegenüber Obdachlosen und Behinderten eingestellt.

Insgesamt zeigt die Analyse, dass konfessionslose und christliche Befragte aus den neuen Bundesländern sich in ihren Einstellungsmustern gegenüber schwachen Gruppen nicht so stark unterscheiden wie es für die Befragten der alten Bundesländer gilt. Denn die Befragten der alten Bundesländer, die einer christlichen Glaubensgemeinschaft angehören werden durchgehend alle schwachen Gruppen stärker ab als die konfessionslosen Befragten.

Ähnlich wie auch im übrigen Deutschland offenbart sich auch für Sachsen, dass Religionszugehörigkeit nicht vor Menschenfeindlichkeit schützt. In den alten Bundesländern geht dies im Gegenteil sogar so weit, dass christliche Befragte durchgehend menschenfeindlicher sind. In Sachsen erweisen sich Angehörige der beiden großen christlichen Konfessionen eher bereit als Konfessionslose, rassistischen, islamfeindlichen, homophoben und sexistischen Aussagen zuzustimmen. Außerdem betonen sie Etabliertenvorrechte stärker und stimmen tendenziell auch Aussagen stärker zu, die Langzeitarbeitslose abwerten.

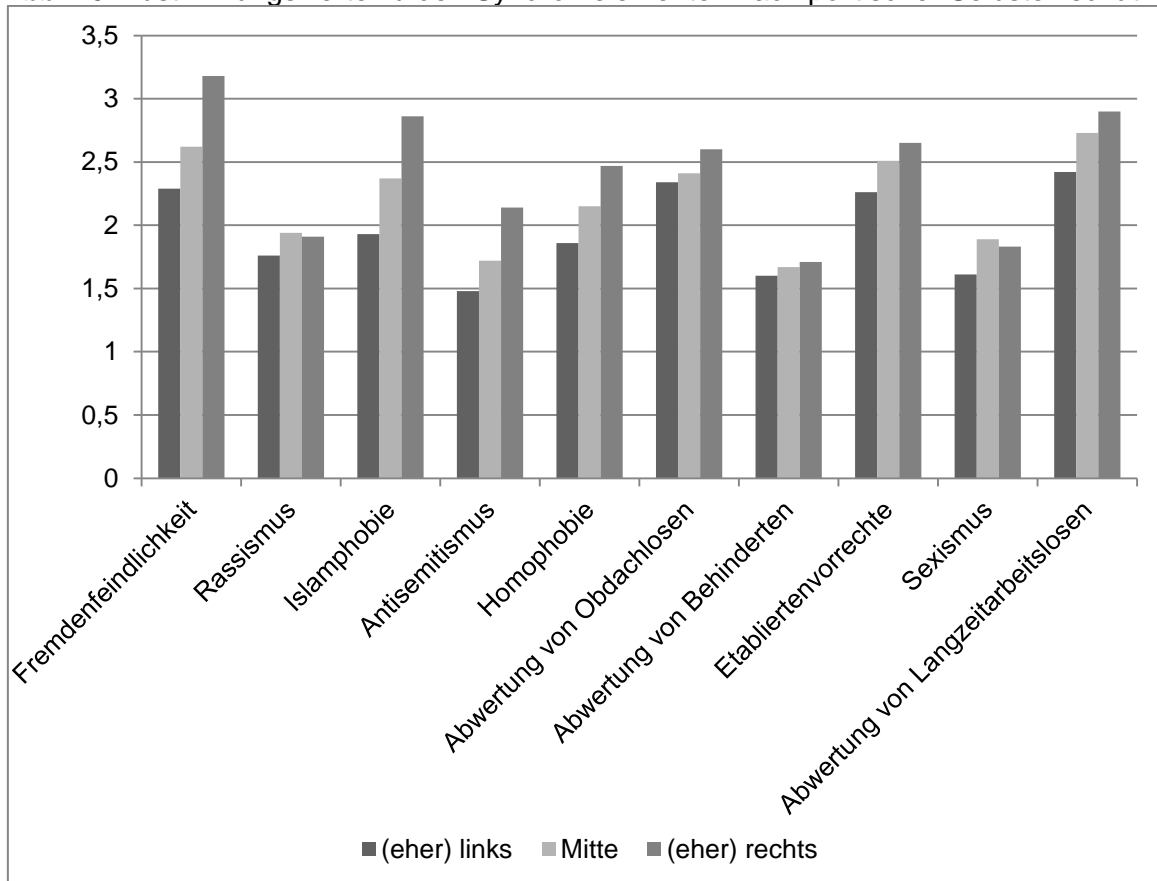
4.6 Politische Selbsteinschätzung

Menschenfeindliche Einstellungen sind geradezu ein Kennzeichen rechtsextremer Weltbilder, die in Gewalt gegenüber schwachen Gruppen münden können (Zick/Küpper 2006). In einer abgeschwächten Form drücken sie sich auch in rechtspopulistischen Mentalitäten aus. Im GMF-Survey wurde jährlich auch um die politische Selbsteinordnung gebeten, d. h. es wurde darum gebeten, anzugeben, ob der Befragte sich als links, eher links, genau in der Mitte, eher rechts oder rechts stehend einstuft.

In den Jahren 2008-2011 ordnen sich weniger als zwei Drittel der Befragten genau der Mitte zu (62,3%). Dieser Anteil der Befragten ist in den verschiedenen Teilen Deutschlands sehr ähnlich (neue Bundesländer 59,6%; alte Bundesländer 61,6%). Etwas mehr als ein Viertel schätzt sich als eher links (19,6%) oder links (7,6%) ein. Die Befragten aus den übrigen neuen Bundesländern empfinden sich noch häufiger als (eher) links (32,7%) als die sächsischen Befragten, welche sich wiederum häufiger als (eher) links einstuften als die Befragten aus den alten Bundesländern (23,3%). Etwas mehr als jeder Zehnte stuft sich in der sächsischen Stichprobe als eher rechts (8%) oder rechts (2,5%) ein. Dieser Anteil ist in den übrigen neuen Bundesländern noch etwas niedriger (insgesamt 7,7%), aber in den alten Bundesländern mit insgesamt 15% deutlich höher.

Für die Auswertung der durchschnittlichen Zustimmungswerte zu den Syndromelementen nach politischer Selbsteinschätzung wurden die eher gering besetzten Zellen eher links und links sowie eher rechts und rechts zu jeweils einer Kategorie zusammengefasst.

Abb. 10: Zustimmungswerte zu den Syndromelementen nach politischer Selbsteinschätzung



Anm.: Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung.

Die Mittelwerte wurden mit Hilfe einer einfaktoriellen Varianzanalyse und der Scheffé-Post-Hoc-Prozedur auf signifikante Unterschiede zwischen den Gruppen (eher) links, Mitte, (eher) rechts untersucht. Es wird deutlich, dass Sachsen, die sich als politisch links stehend betrachten durchgängig niedrigere Zustimmungswerte haben als Befragte, die sich der politischen Mitte oder der Rechten zuordnen. Außerdem zeigt sich, dass tendenziell politisch in der Mitte Stehende weniger minderheitenfeindlich eingestellt sind als politisch rechts Stehende. Dieses Muster gilt ohne Einschränkung auch für Westdeutschland. Dennoch hat sich dieses Muster seit der letzten Datenanalyse für die Jahre 2002-2005 etwas verändert. Es muss festgestellt werden, dass übergreifend über die neuen Bundesländer die Mitte näher an die nach eigener Einschätzung Rechten herangerückt ist (vgl. Abb. 10). So unterscheiden sich häufig Befragte, die sich der Mitte zuordnen bei einigen Elementen nicht mehr von den Befragten, die sich politisch (eher) rechts positionieren. Dies gilt in Sachsen für den Rassismus, den Sexismus (hier ist der Unterschied zwischen links und rechts Positionierten nicht

signifikant), das Einfordern von Etabliertenvorrechten und die Abwertung von Langzeitarbeitslosen. In den übrigen neuen Bundesländern sind folgende Syndromelemente in der Mitte in gleichem Ausmaß ausgeprägt wie bei den (eher) rechts Eingestellten: Antisemitismus, Abwertung von Obdachlosen und Behinderten, Etabliertenvorrechte.

Ausnahmen in Sachsen bilden weiter die Abwertung von Obdachlosen und Behinderten. Diese Syndromelemente werden nicht je nach politischer Selbsteinschätzung unterschiedlich bejaht.

Etwa zwei Drittel der Befragten in ganz Deutschland rechnen sich der politischen Mitte zu. Weniger befragte Sachsen als Befragte aus den übrigen Bundesländern stufen sich als politisch rechts stehend ein. Sowohl in Sachsen als auch in den übrigen neuen und alten Bundesländern lässt sich beobachten: Mit zunehmend rechter politischer Orientierung nimmt die Feindseligkeit gegenüber Minderheiten zu. So weisen die politisch links Stehenden über alle Syndromelemente hinweg die mit Abstand niedrigsten durchschnittlichen Zustimmungswerte auf, gefolgt von der großen Gruppe der in der politischen Mitte Stehenden und den politisch rechts Stehenden mit den höchsten Werten. In den letzten Jahren lässt sich in Sachsen und in etwas geringerem Ausmaß in den übrigen neuen Bundesländern beobachten, dass die Mitte sich nicht mehr signifikant von den rechts Eingestellten unterscheidet.

4.7 Wohnort nach Gemeindegröße

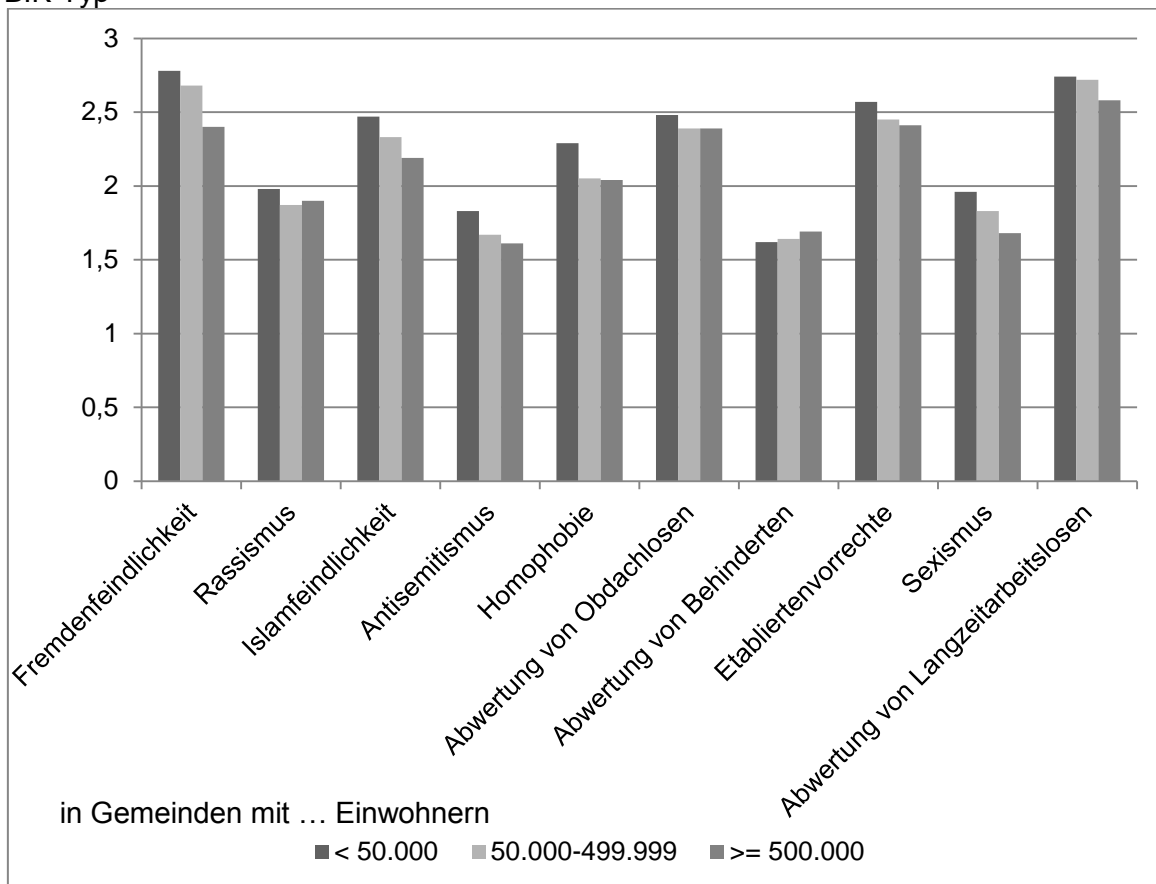
In Abhängigkeit der Stadt- und Gemeindegröße, in der sie wohnen, unterscheiden sich die Sachsen deutlich. Es zeichnet sich die deutliche Tendenz ab, dass die Toleranz der Befragten gegenüber Minderheiten mit der Gemeindegröße zunimmt (vgl. Abb. 11).

Bewohner aus kleineren Gemeinden und Kleinstädten mit weniger als 50.000 Einwohnern neigen stärker als die anderen Befragten zur Fremdenfeindlichkeit, zur Islamfeindlichkeit, zum Antisemitismus, zu Homophobie, zum Sexismus und zum Vertreten von Etabliertenvorrechten.² Umgekehrt sind die durchschnittlichen Zustimmungswerte der Sachsen aus Großstädten bzw. deren Randgebieten in Bezug auf fast alle Syndromelemente niedriger oder zumindest nicht höher als bei den übrigen Befragten.

Die Tendenz, dass die durchschnittlichen Zustimmungswerte zu den Syndromelementen bei wachsender Gemeindegröße sinken, bestätigt sich auch im Vergleich mit den Substichproben aus den übrigen neuen und den alten Bundesländern. Auch hier neigen Bewohner aus kleineren Gemeinden tendenziell eher zu abwertenden Einschätzungen, während sich die Großstädter toleranter zeigen.

² Eine detailliertere Betrachtung der kleineren Gemeinden war auf Grund zu geringer Fallzahlen nicht möglich.

Abb. 11: Zustimmungswerte zu den Syndromelementen nach Gemeindegrößenklassen nach BIK-Typ



Anm.: Mittelwerte; 1 = minimale Zustimmung, 4 = maximale Zustimmung.

Bei einzelnen Syndromelementen gibt es Abweichungen von diesem Muster. Beim Rassismus und bei der Abwertung von Behinderten gibt es in den neuen Bundesländern keine signifikanten Unterschiede zwischen den verschiedenen Gemeindegrößen. Dieser Befund zeigt eine Veränderung seit dem vorangegangenen Analysezeitraum 2002-2005 auf. Zu diesem früheren Zeitpunkt hatte das Muster noch vorgelegen, wie es auch heute noch in den alten Bundesländern zu finden ist. Hier sind Bewohner großer Städte signifikant weniger rassistisch und Behinderte werden weniger abgewertet als von den Bewohnern kleinerer Gemeinden und Kleinstädte. Während sich dies auch bei den Befragten der alten und übrigen neuen Bundesländer bei Aussagen zur Abwertung von Langzeitarbeitslosen beobachten lässt, werten die sächsischen Befragten aus den verschiedenen großen Gemeinden die Gruppe der Langzeitarbeitslosen in gleichem Maße ab. Über ganz Deutschland hinweg gibt es hinsichtlich der Gemeindegrößenklassen keine Unterschiede im Ausmaß der Obdachlosenabwertung. Hier war ebenfalls im letzten Analysezeitraum noch zu beobachten, dass Bewohner größerer Städte Obdachlose weniger abwerteten. Die Zustimmung der Bewohner mittlerer und großer Städte ist bei diesem Syndromelement seit der letzten Erhebung überproportional gesunken.

Befragte aus ländlichen Regionen Sachsens neigen deutlich stärker zur GMF als Befragte aus größeren Städten oder deren Einzugsgebieten. Dies gilt vor allem für die Elemente Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie und Sexismus sowie für das Einklagen von Etabliertenvorrechten. Großstädter sind hingegen toleranter als die übrigen Sachsen. Die Tendenz, dass die durchschnittlichen Zustimmungswerte zu den Syndromelementen mit zunehmender Gemeindegröße sinken, lässt sich auch bei den beiden Substichproben der restlichen neuen sowie alten Bundesländer beobachten.

Literaturverzeichnis

- Behrens, K./Marhenke, W. (1999). Abgrenzungen von BIK-Stadtregionen und BIK-Verflechtungsgebieten in den westlichen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland. In ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. (Hrsg.), Stichproben-Verfahren in der Umfrageforschung. Opladen: Leske+Budrich
- Behrens, K. (1999). Abgrenzungen von BIK-Stadtregionen in den östlichen Bundesländern. In ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. (Hrsg.), Stichproben-Verfahren in der Umfrageforschung. Opladen: Leske+Budrich
- Endrikat, K. (2006). Jüngere Menschen. Größere Ängste, geringere Feindseligkeit. In W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 4 (S. 101-114). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (2002) (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 1. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (2011) (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 10. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Heyder, A. (2003). Bessere Bildung, bessere Menschen? Genaueres Hinsehen hilft weiter. In W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 2 (S. 78-99). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Küpper, B./Heitmeyer, W. (2005). Feindselige Frauen. Zwischen Angst, Zugehörigkeit und Durchsetzungsideologie. In W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 3 (108 – 127). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Küpper, B./Zick, A. (2006). Riskanter Glaube: Religiosität und Abwertung. In W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 4 (S. 179-188). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Zick, A./Küpper, B. (2006). Vorurteile, Diskriminierung und Rechtsextremismus: Phänomen, Ursachen und Hintergründe. In K. J. Jonas, M. Boos/V. Brandstätter (Hrsg.), Zivilcourage trainieren! Weinheim: Beltz.
- Zick, A./Wolf, C./Küpper, B./Davidov, E./Schmidt, P./Heitmeyer, W. (2008). The syndrome of group-focused enmity: The Interrelation of Prejudices Tested with Multiple Cross-Sectional and Panel Data. *Journal of Social Issues*, 64 (2), 363-383.